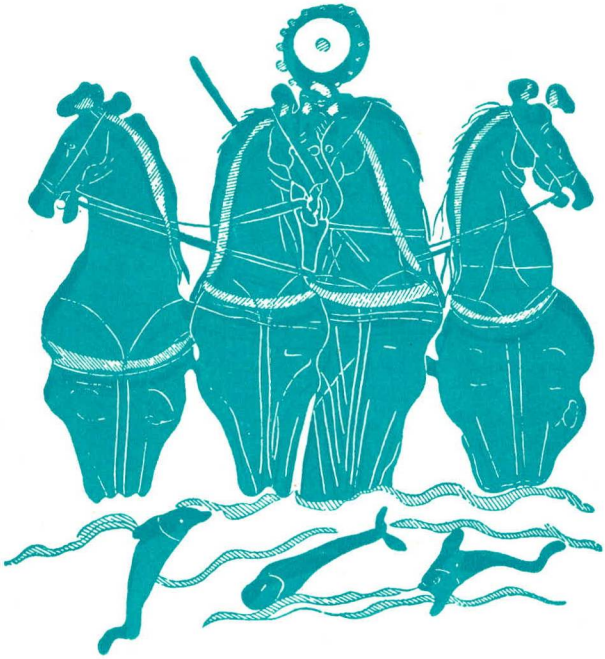


FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 28

Man muß das Wahre
immer wiederholen,
weil auch der Irrtum um uns her
immer wieder gepredigt wird,
und zwar nicht von einzelnen,
sondern von der Masse.

In Zeitungen und Enzyklopädien,
auf Schulen und Unversitäten,
überall ist der Irrtum obenauf
und es ist ihm wohl und behaglich
im Gefühl der Majorität,
die auf seiner Seite ist.

Oft lehrt man auch Wahrheit
und Irrtum zugleich –
und hält sich an letzteres.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 28

Pfingsten 1962

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

Inhaltsübersicht

Gregor der Große (1025 – 1085)

Veni creator spiritus 3

Heinz Hartmut Vogel

Gedanken zum 5jährigen Bestehen der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" 4

Fritz Penserot

Konjunkturpolitik am Scheidewege 6

Eckhard Behrens

Partnerschaft 36
Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses

Ankündigungen und Berichte 48

Programm der 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 10. August 1962 in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee

Fritz Penserot

Der Schwarze Dienstag 56
Ein sehr aktueller Brief

Buchbesprechungen 58

Gregor der Große

VENI CREATOR SPIRITUS

Komm Heiliger Geist, du Schaffender,
Komm, deine Seelen suche heim;
Mit Gnadenfülle segne sie,
Die Brust, die du geschaffen hast.

Du heißest Tröster, Paraklet,
Des höchsten Gottes Hochgeschenk,
Lebendger Quell und Liebesglut
Und Salbung heiliger Geisteskraft.

Du siebenfaltiger Gabenschatz,
Du Finger Gottes rechter Hand,
Von ihm versprochen und geschickt,
Der Kehle Stimm und Rede gibst.

Den Sinnen zünde Lichter an,
Dem Herzen frohe Mutigkeit,
Daß wir, im Körper wandelnden,
Bereit zum Handeln sei'n, zum Kampf.

Den Feind bedränge, treib ihn fort,
Daß uns des Friedens wir erfreun,
Und so an deiner Führerhand
Dem Schaden überall entgehn.

Vom Vater uns Erkenntnis gib,
Erkenntnis auch vom Sohn zugleich,
Uns, die dem beiderseitgen Geist
Zu allen Zeiten gläubig flehn.

Darum sei Gott dem Vater Preis,
Dem Sohne, der vom Tod erstand,
Dem Paraklet, dem wirkenden
Von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Übersetzt von J. W. Goethe

Gedanken zum 5jährigen Bestehen der Schriftenreihe

FRAGEN DER FREIHEIT

Als im Jahre 1957 das erste Heft der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit erschien, gaben wir ihr als Geleitwort den Lehrbrief Wilhelm Meisters (J. W. Goethe) mit auf den Weg:

> „Die Kunst ist lang, das Leben kurz, das Urteil schwierig, die Gelegenheit flüchtig. Handeln ist leicht, Denken schwer; nach dem Gedachten handeln unbequem."

Unsere Zeit verlangt nach neuen Erkenntnissen und sie verlangt wie kein anderes Jahrhundert zuvor nach freier Initiative und persönlichem Einsatz, nach Handeln aus Einsicht.

Mit dem Namen FRAGEN DER FREIHEIT sind die Bemühungen und ist der Weg programmatisch gekennzeichnet, die vor nunmehr fünf Jahren zur Herausgabe dieser Schriftenreihe führten. Seitdem wurden darin insbesondere jene Kernfragen aufgegriffen, von deren Beantwortung oder Nichtbeantwortung unsere persönliche und unsere gesellschaftliche Zukunft, d. h. unser individuelles und gemeinsames kulturelles, politisches und wirtschaftliches Schicksal abhängt.

Es sind „Fragen der Freiheit" auf die unsere Generation eine positive Antwort finden muß, wenn Europa und der Westen ihre abendländisch-freiheitliche Kulturaufgabe erfüllen sollen.

Die soziale Frage ist heute nicht mehr so sehr eine Brotfrage, sondern eine Frage der Selbsterkenntnis; der Erkenntnis: Der Mensch ist zur Freiheit geboren. Seine Würde und Einmaligkeit ist in der Freiheitsanlage und in der Freiheitsentfaltung begründet. Der Begriff der unveräußerlichen Menschenwürde, wie er als n turrrechtliches Postulat am Anfang der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland steht, bedarf der erkenntnistheoretischen Unterbauung, um von diesem gesicherten Bewußtseinsfundament aus die politische, kulturelle und wirtschaftliche Freiheit zu errichten.

An einer „Wissenschaft der Freiheit" und an einer „Technik der Freiheit" mitzuarbeiten, die Geschichte der Freiheit und ihre bedeutendsten Wegbereiter zu Wort kommen zu lassen, ist das Hauptziel der Schriftenreihe.

In Monographien, Aufsätzen, Berichten und Zeitstudien werden die rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart auf ihre ordnungspolitischen Tendenzen hin untersucht und auf ihre Übereinstimmung mit den freiheitlichen Lebensprinzipien hin geprüft.

Herausgeber der FRAGEN DER FREIHEIT ist das SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG der Wirtschaft, des Staates und der Kultur[1]), das es sich zur Aufgabe macht, in Tagungen, Studienseminaren, in Vorträgen und Kursen den Gedanken der geistigen, politischen und sozialen Freiheit als gleichermaßen philosophisches und ordnungspolitisches Problem unter den Zeitgenossen, insbesondere auch in der jüngeren Generation immer wieder von neuem zu beleben und zu aktivieren. Es knüpft dabei vor allem an die griechisch-christliche Geistestradition an[2]). Die Initiatoren des Seminars sind sich dabei bewußt, daß nur die zweifelsfreie Selbstüberzeugung von der Freiheitsnatur des Menschen im einzelnen den energischen Willen zu entfachen vermag, an der sozialen Wirklichkeit einer freien und zugleich gerechten Lebensordnung mitzuarbeiten.

Im einzelnen befassen sich „Fragen der Freiheit" vorwiegend mit folgenden Problemen:

Wirtschaft: Freiheitliche Wirtschaftspolitik, Soziale Marktwirtschaft, Wettbewerbsordnung (Kartellgesetzgebung), Geldordnung, Bodenordnung, betriebliche Partnerschaft, Weltwirtschafts-, Währungs-, Zahlungsbilanzfragen.

Staat: Demokratischer Staatsaufbau, freiheitliche und „totale" Demokratie, Ost-West-Spannung, Verfassungsfragen, Grenzen der Kompetenzen des Staates, Fragen der demokratischen Willensbildung.

Kultur: Freiheitliche Kulturpolitik. Ordnungspolitische Fragen des Schul- und Hochschulwesens, Erziehungsrecht, Schulrecht, Gemeinschaftskundeunterricht in der Schule, Naturrecht und seine philosophische und geistesgeschichtliche Begründung.

Wir laden Sie ein, sich an dieser Arbeit erkennend und aktiv-tätig zu beteiligen.

Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur
Herausgeber und Schriftleitung der Fragen der Freiheit

1) *655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60*

2) Das Seminar veranstaltet vom 2. — 10. August 1962 seine 12. Tagung. Das Programm finden Sie in diesem Heft Seite 48—55

Konjunkturpolitik am Scheideweg

„Im gegenwärtigen Augenblick erwarten die Menschen mehr als sonst eine grundlegendere Diagnose, sind sie ganz besonders bereit, sie aufzunehmen, begierig, sie auszuproben, wenn sie nur einigermaßen annehmbar sein sollte. Von dieser zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte. Ich bin überzeugt, daß die Macht erworbener Rechte im Vergleich zum allmählichen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken zwar nicht immer sofort, sondern nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Wirtschaftslehre und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Jahr durch neue Theorien beeinflußt werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse anwenden, wahrscheinlich nicht die neuesten sind. Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen."

John Maynard Keynes

Wenn man die Äußerungen der maßgebenden Wirtschafts- und Währungspolitiker in den vergangenen Wochen und Monaten verfolgt, muß man zu dem Eindruck gelangen, daß die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt ist. Bundesfinanzminister Starke, Bundeswirtschaftsminister Erhard, Bundesbankpräsident Blessing, nahezu die gesamte bundesdeutsche Presse – sie alle sprechen davon, daß die fortgesetzten Lohn- und Gehaltssteigerungen, soweit sie in ihrer Gesamtheit den Zuwachs an volkswirtschaftlicher Produktivität überstiegen, zu einer derartigen Steigerung des Durchschnittspreisstandes aller Güter und Dienstlei-

stungen führten, daß die Einkommensteigerung dadurch wieder aufgezehrt werde und – vor allem – die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Exportindustrie auf dem Weltmarkt aufhöre. Dies wiederum werde aber nicht alleine eine Beeinträchtigung der Gewinne der Unternehmen zur Folge haben, sondern die Unternehmen würden dadurch auch gezwungen, ihre Investitionen einzuschränken. Das aber wäre das Ende der Vollbeschäftigung. Mit anderen Worten: die Überkonjunktur führe zu übermäßigen Lohn- und Gehaltssteigerungen, diese trieben die Inflation immer weiter voran bis zu einem Punkte, an dem die Wettbewerbsfähigkeit dem Ausland gegenüber aufhöre, eine gefährliche Wirtschaftskrise werde die unvermeidliche Folge dieser Entwicklung sein.

Soweit die von den maßgebenden deutschen Wirtschafts- und Währungspolitikern gegebene Diagnose unserer augenblicklichen, offensichtlich irgendwie nicht befriedigenden wirtschaftlichen Situation.

Welche Therapie wird nun von den gleichen maßgebenden Männern zum Zwecke der Heilung dieses als kritisch angesehenen Zustandes empfohlen? Hier gehen die Meinungen, je nach dem Standort des Beurteilers, weit auseinander. Bundeswirtschaftsminister Erhard fordert mit mahnenden, ja beschwörenden Worten die Sozialpartner zum „Maßhalten" auf. Der sozialdemokratische Wirtschaftsfachmann Dr. Deist hingegen wirft Erhard „Schwarzmalerei" vor. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer „aktiven Lohnpolitik" und lehnen es unter allen Umständen ab, daß die Tarifhoheit der Sozialpartner angetastet wird. Einige Sprecher der Wirtschaft, so Ferdinand Fried in der WELT fordern notfalls einen Lohnstop. Maßgebende Vertreter der Arbeitnehmerschaft dagegen rufen nach einem Preisstop. FDP-Mende aber – welche Sünde wider den Geist, nach dem er angeblich angetreten – fordert sogar die Abberufung von VW-Nordhoff, weil dieser den Preis seiner Autos um 10% erhöht hat. Verallgemeinert kann man sagen, daß die Urteile fast aller Sprecher mehr oder weniger getrübt sind durch Vorurteile, denen sie anhängen, wobei diese wiederum zu allermeist durch die besonderen Interessen bedingt werden, denen sie verhaftet sind. Den Sparerverbänden geht es ausschließlich um die Erhaltung einer möglichst absoluten Stabilität des Geldwertes. Der „Wirtschaft" geht es um die Erhaltung der Konjunktur. Den Kapitalgebern um hohe Dividenden bei geringen Risiken, wobei sie sogar fordern, die Vollbeschäftigung dürfe nicht zum Dogma werden; das würde der Marktwirtschaft widersprechen und führe in einen wirtschaftlichen Dirigismus. Die Arbeitnehmer hingegen fordern eine Steuerung der Konjunktur, eine „aktive Konjunkturpolitik", denn ihnen geht es vor allem um die Erhaltung, ja möglichst noch Steigerung der Vollbe-

schäftigung (insofern decken sich ihre Interessen durchaus mit denjenigen der eigentlichen Unternehmer) und – dadurch – um höchstmögliche Löhne und Gehälter. Die großen Banken beachten neben ihren inländischen Interessen die Einflüsse innerdeutscher Maßnahmen auf das Ausland und ausländischer Maßnahmen auf das Inland, wie sie überhaupt der Wirtschafts- und der Währungspolitik am nächsten stehen dürften. Regierung und Bundesbank dagegen sollen allen Wünschen gerecht werden, dazu auch noch all den Anforderungen, die von den USA, vom Internationalen Währungsfonds, von der OEEC, von der EWG usw. an die Bundesrepublik herangetragen werden. Wobei natürlich auch in den Köpfen der einzelnen Vertreter all dieser Institutionen die unterschiedlichsten Vorstellungen über die Ursachen der internationalen und der inländischen Schwierigkeiten und demzufolge auch der anzuwendenden Therapien bestehen, von den jeweiligen Sonderinteressen einmal ganz abgesehen.

Zusammenfassend kann man also nur sagen: was für eine Verwirrung! Aber auch: was für ein Mangel an Gemeinsinn, an Gerechtigkeitssinn!

Wer immer unter diesen Umständen versuchen will, das Problem der Erhaltung der Konjunktur bei gleichzeitiger Erhaltung der Geldwertstabilität und befriedigender Beziehungen zum „Westen" zu durchdringen, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als sich selbst an Hand der Tatsachen und mit Hilfe bewährter Erkenntnisse maßgebender und zugleich anerkannter Wissenschaftler sein Urteil zu bilden. Zugegeben, das ist eine mühselige Aufgabe. Angesichts der „Meinungen" und „Interessen" gibt es aber keinen anderen Weg, wenn man zu einem wirklichen Ur-Teil gelangen will.

Beginnen wir mit einigen Tatsachen. Nach dem verlorenen Kriege war so ziemlich alles zerstört, was als Voraussetzung für eine hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit den praktisch zahllosen notwendigen und wünschenswerten Wirtschaftsgütern hätte dienen können. Industrieanlagen, Verkehrswege und -Einrichtungen, Nahrungsmittelgrundlage, Währungs- und Wirtschaftsordnung – kurzum: alles war zerstört oder völlig desorientiert oder desorganisiert. Und es ist dann Professor Erhard gelungen, im Zusammenwirken mit Geheimrat Vocke und Direktor Bernard, fußend auf einigen wenigen lapidaren Grundsätzen, die vor allem von Walter Eucken erarbeitet worden sind, innerhalb weniger Jahre einen Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen, der ihn zu einer nachgerade legendären Gestalt bereits zu Lebzeiten hat werden lassen.

Und welches waren die Grundsätze, die Erhard verwirklicht hat? Es waren im Grunde genommen nur diese zwei: die Wiederherstellung der Währung als Wertmesser und funktionsfähiges Tauschmittel und die Wiedereinführung der auf den freien Wettbewerb gegründeten Marktwirtschaft. Durch die Währungsreform vom Juni 1948 wurde die gesamte Geldmenge dem damaligen Produktionsvolumen in wirklichkeitsgemäßer Weise angepaßt, und durch die gleichzeitige Aufhebung des größeren Teiles der Preisbindungs- und Bewirtschaftungsvorschriften wurde dem Gelde wieder seine Funktion als Tauschmittel zurückgegeben. Die Wiedereinführung der freien Marktwirtschaft aber entband alle die zahllosen, aus sich selbst heraus tätig werdenden Produktivkräfte, die in der vorausgegangenen Zeit der Zuteilungswirtschaft durch staatliche Stellen überhaupt nicht wirksam werden konnten.

Zum *Verständnis der heutigen Lage und der heutigen Schwierigkeiten* genügt dieser kurze Rückblick nun natürlich noch nicht. Wir müssen uns dazu eine Reihe weiterer Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen. Doch zuvor eine das Grundsätzliche betreffende Zwischenbemerkung.

Die Voraussetzung dafür, daß in einem arbeitsteiligen Wirschaftsorganismus eine höchstmögliche Gesamtproduktion erzielt wird, ist, daß jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch seine Arbeitskraft da voll einsetzen kann, wo er sein Bestes zu leisten vermag; und daß er den Gegenwert seiner Leistung, also sein Einkommen, wieder voll und ganz sofort oder ganz kurzfristig dem Wirtschaftskreislauf zuführt – sei es durch Kauf von Konsumgütern, sei es durch den Kauf von Kapitalgütern (Investition) auf direktem oder indirektem Wege (durch Sparen, Kreditgewährung usw.). Darauf, daß das Gesamteinkommen, das ja nichts anderes ist als der Gegenwert der Gesamtproduktion, dem Wirtschaftskreislauf stets kurzfristig wieder zugeführt wird; darauf also, daß dieses Gesamteinkommen sofort wieder in seiner Gesamtheit zur „wirksamen Nachfrage" wird, kommt es entscheidend an. Wenn die gesamte Produktion einer Volkswirtschaft von der Nachfrage restlos aufgenommen, bzw. wenn die Nachfrage in der Weise wirksam wird, daß sie immer wieder eine höchstmögliche Produktion veranlaßt, dann herrschen Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. (vgl. hierzu vor allem: Keynes, „Allgemeine Theorie")

Vergegenwärtigen wir uns nun einmal anhand diese Grundsatzes die tatsächliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit der Währungsreform 1948, so stellen wir fest, daß sich durch Jahre hindurch das gesamte Einkommen aller Bundesbürger jeweils sofort in der einen oder anderen Form in „wirksame Nachfrage" umgesetzt hat. Was nicht

unmittelbar in den Konsum ging, sondern eventuell gespart wurde, ging aber unverzüglich auf dem Kreditwege in die Investition. Der berühmte „Nachholbedarf" oder, mit den Worten von Keynes ausgedrückt, der „Hang zum Verbrauch" war derart groß, daß das jeweilige Gesamteinkommen bis zum letzten Pfennig sofort wieder vollkommen ausgegeben, d. h. der Produktion zugeführt wurde. Und eine weise Politik der für die Währung Verantwortlichen steuerte dabei die Geldmenge in solcher Weise, daß mit der wachsenden Produktion bzw. Konsumtion und Investition die jeweils zusätzlich erforderlichen Geldmittel bereitgestellt wurden, so daß auf Jahre hinaus ein einigermaßen gleichbleibender, nur ganz langsam ansteigender Preisstand bei verhältnismäßig wesentlich rascher ansteigendem Lohnstand gehalten werden konnte. (Über die mit der Geldmengenregulierung verbundene besondere Problematik soll weiter unten gesprochen werden. Hier kam es zunächst nur darauf an, die Bedeutung der „wirksamen Nachfrage" und den einen mit ihr in Beziehung stehenden Faktor, nämlich den „Hang zum Verbrauch", zu zeigen.) Die praktische Auswirkung des „Nachholbedarfs" war also eine jahrelang anhaltende Hochkonjunktur mit entsprechender Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand, wobei gerade auch die Millionen von Flüchtlingen, die im Laufe der Jahre in die Bundesrepublik strömten, wesentlich dazu betrugen, daß dieser Konjunkturstand erhalten werden konnte. Denn gerade sie brachten ja das mit, was die Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung bewirkt: die „wirksame Nachfrage".

Die Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft, so wie sie durch die Beobachtung der wirtschaftlichen Wirklichkeit der vergangenen rund zweihundert Jahre, vor allem aber auch der Zeit der Hochkonjunktur und der anschließenden tiefen Depression nach dem Ersten Weltkriege gewonnen wurden, lehren uns nun, daß die aus dem Gesamteinkommen, als Gegenwert der Gesamtproduktion, sich ergebende Gesamtnachfrage nicht immer und nicht unter allen Umständen sich auch in „wirksame" Gesamtnachfrage umsetzt. Ja, dieser Fall, daß das Gesamteinkommen in einer Volkswirtschaft sich unverzüglich auch wieder in seiner Gesamtheit als „wirksame Nachfrage" niederschlägt, ist sogar die Ausnahme. Mit zunehmender Sättigung des Bedarfes an Konsumgütern aller Art wird der „Hang zum Verbrauch" schwächer und der „Hang zum Sparen" stärker. Zwar steigt mit zunehmender Produktion und Beschäftigung der Verbrauch von Konsumgütern, absolut gesehen, noch an – aber nicht mehr in dem gleichen Verhältnis wie die Produktions- und Beschäftigungszunahme. Und umgekehrt werden der „Hang zum Sparen" und die daraus resultierenden tatsächlichen Ersparnisse mit zunehmender Produktion und Beschäftigung nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig größer. Während

aber durch den Kauf der Konsumgüter der Gegenwert derselben wieder neue Produktion und Beschäftigung bewirkt, ist es durchaus noch fraglich, ob die ersparten Gegenwerte des restlichen Teiles der Produktion wieder in neue Investitionen fließen oder nicht. Denn infolge der im Laufe der Jahre durch die Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung immer reichlicher mit Produktionskapital ausgestatteten Wirtschaft bieten sich immer weniger Möglichkeiten zu noch rentabelem Kapitaleinsatz. Die Investition hält daher nicht mit der wachsenden Zunahme der Ersparnisse Schritt, so daß ein Teil der vorhandenen Nachfrage „unwirksam" bleibt. Dadurch wird aber ein Teil der Produktion nicht mehr abgesetzt. Der Wirtschaftskreislauf wird unterbrochen. Es werden Arbeitskräfte freigesetzt. Es tritt eine – scheinbare – Überproduktion ein. Die Krise ist da.

Soweit fürs erste die Beobachtungsresultate der Wissenschaft. Sie zeigen eines mit Deutlichkeit: wenn, im Verhältnis zu Produktion und Beschäftigung, zuviel gespart und zuwenig verbraucht wird, tritt die Möglichkeit ein, daß der Gleichgewichtszustand zwischen Produktion einerseits und Konsumtion und Investition andererseits, der von der „wirksamen Nachfrage" herbeigeführt wird, verloren geht; daß eine Stockung im Wirtschaftskreislauf eintritt; daß die Konjunktur zusammenbricht.

Werfen wir unseren Blick nun wieder auf die Entwicklung in der Bundesrepublik. Tatsächlich finden wir hier die Beobachtungen der Wissenschaft in vieler Hinsicht bestätigt. Allerdings sehen wir auch eine Fülle von Abweichungen von der gewissermaßen ideal-typischen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung. Abweichungen jedoch, die nicht etwa auf einen Mangel an Regelhaftigkeit des kapitalistischen Systems zurückzuführen sind, sondern gerade darauf, daß, durch Eingriffe von außen her, dieses System modifiziert werden sollte. Und die Tatsache, daß durch solche Eingriffe (über deren Wert oder Unwert hier noch nicht gesprochen werden soll) zum Teil recht erhebliche Veränderungen des Konjunkturablaufes herbeigeführt werden konnten, beweist uns, daß „die Wirtschaft" oder „die an ihren eigenen Ausscheidungsprodukten zugrunde gehende kapitalistische Wirtschaftsform" keineswegs unser „Schicksal" zu sein braucht, wie es die Gegner einer freiheitlichen Marktwirtschaft allzugern hinstellen, sondern daß es durchaus in die Hand der Wirtschafts- und Währungspolitik gelegt ist, einen ganz grundlegend gestaltenden Einfluß auf die Wirtschaft und den Konjunkturverlauf auszuüben – es fragt sich nur, von welchen Grundvorstellungen die jeweiligen Politiker ausgehen und zu welchen Zielen sie hinstreben und, schließlich, welcher Art die Mittel sind, die sie einsetzen, und – womöglich auch noch – ob sie sich über die Aus-

trachtungen über die Kaufkraft seines monatlichen Einkommens, ohne weiteres zu dem Schluß gelangen, daß der Geldwert dann stabil ist, wenn er am Ende des Jahres mit einem gleichbleibenden Geldeinkommen genau die gleiche Warenmenge kaufen kann wie am Anfang des Jahres; daß der Geldwert also dann stabil ist, wenn der durchschnittliche Preisstand der Waren unverändert bleibt. Er mag dann weiter schließen, daß – da sich ja Geld jeweils gegen Ware tauscht – auch zwischen der Gesamtgeldmenge einerseits und der Gesamtheit aller innerhalb einer bestimmten Zeit produzierten Waren andererseits ein ganz bestimmtes und gleichbleibendes Verhältnis bestehen muß, wenn der Durchschnittspreisstand aller Waren stets unverändert bleiben soll. Denn der Preis ist ja eine Funktion aus Angebot und Nachfrage; genauer: eine Funktion aus Warenangebot, ausgedrückt in Geldeinheiten, und Nachfrage nach Geld und Geldangebot und Nachfrage nach Ware, ebenfalls ausgedrückt in Geldeinheiten. Und demzufolge muß auch der Durchschnittspreis eine Funktion sein aus dem Gesamtwarenangebot, ausgedrückt in Geld, einerseits und der Gesamtnachfrage nach Waren, ausgedrückt in Geld, andererseits. Und tatsächlich ist dies auch eine – natürlich sehr vereinfachte – Darstellung der gleichen Gedankengänge, die auch die Wissenschaft angestellt und diese zur „Quantitätstheorie des Geldes" geführt hat, derzufolge die gesamte Produktionsmenge einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Zeit, ausgedrückt in (Geld)-Preisen, stets gleich sein muß der gesamten dieser Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Geldmenge unter Berücksichtigung deren Umlaufgeschwindigkeit innerhalb der gleichen Zeit. Oder, in einer Formel ausgedrückt: Gesamtwarenmenge x Preis = Gesamtgeldmenge x Umlaufgeschwindigkeit. So sind also nicht nur der Laie, sondern auch die Wissenschaft – und dies darf man sogar ganz verallgemeinert sagen – zu der gemeinsamen Überzeugung gelangt, daß die Geldwertstabilität daran zu erkennen ist, daß der Durchschnittspreis aller Waren konstant ist.

Zöge nun aber unser Freund, der Laie, aus dieser Erkenntnis konsequenterweise auch noch die höchst einfache Schlußfolgerung, daß man – um den Geldwert stabil zu halten; um die Währung zur „Währung" zu machen – die Geldmenge, unter Berücksichtigung ihrer Umlaufgeschwindigkeit, jeweils mit dem Ziele regulieren müsse, daß ein bestimmter Durchschnittspreisstand unverändert erhalten bliebe; zöge unser Freund, der Laie, also diesen Schluß, daß man – um dem Gelde seine Wertmesserfunktion zurückzugeben – zu einer Indexwährung gelangen müsse, so sähe er sich plötzlich und unvermutet ziemlich allein auf weiter Flur, verlassen von einem großen Teil der Wissenschaft, die ihm noch eben für das Auffinden der „Quantitätstheorie" Beifall gespendet hatte; verlassen vor allem aber von der in- und aus-

ländischen Bankenwelt, die nicht nur Kritik üben, sondern sogar eine recht feindselige gegnerische Haltung einnehmen würde. Und zu seiner Überraschung würde unser Freund, der Laie, von diesen Meistern ihres Metiers nunmehr dahingehend belehrt werden, daß der Maßstab für den Wert des Geldes überhaupt nicht in einem, wie auch immer ermittelten, Durchschnittspreise gefunden werden könne, daß folglich Indexwährung völlig undiskutierbar sei; daß der Maßstab für die Geldwertstabilität in erster Linie durch die Konvertibilität der Währungen und deren Bezogenheit auf den im Internationalen Währungsabkommen von Bretton Woods festgelegten Goldstandard gegeben sei, und daß dieser Goldmaßstab selbstverständlich nur dann seine Funktion erfüllen könne, wenn sämtliche dem Internationalen Währungsfonds angeschlossenen Länder ihren Zahlungsmittelausstausch ausschließlich zu dem ein für alle Male festgelegten Wechselkurs vornähmen. In dieser Tatsache finde daher denn auch die von Anfang an scharf ablehnende Haltung des Weltwährungsfonds einem etwaigen System flexibeler Wechselkurse gegenüber ihre Begründung. Eine Haltung, die der Bundesrepublik im Herbst/Winter 1960, vor der D-Mark-Aufwertung, unmißverständlich klargemacht worden ist; und die Anfang Mai 1962 dazu geführt hat, daß auch das letzte Land mit freiem Wechselkurs – Kanada – sich schließlich zur Einführung einer festen Parität für seinen Dollar hat bereitfinden müssen.

So finden wir also, daß sich – in bezug auf die Wertmesserfunktion des Geldes gesehen – zwei Thesen gegenüberstehen, die völlig unvereinbar zu sein scheinen: die „Quantitätstheorie des Geldes" und die sich daraus ergebende „Indexwährung" einerseits – und die Auffassungen und die Politik des Internationalen Währungsfonds andererseits. Und wer immer dazu neigen mag, dem „Anderen" böse Absichten zu unterstellen, wird nun triumphierend ausrufen: „Da seht Ihr's, während die Bolschewiken die Völker des Ostens unter ihre Tyrannei gezwungen haben, hat Amerika die Völker des Westens an seine goldene Kette gefesselt, an sein kapitalistisches System. Was ist all das Freiheitsgerede anderes als Lug und Trug zur Befestigung der Macht der Plutokraten. Nur völlige Neutralität kann uns auch im Bereiche der Konjunkturpolitik unsere Autonomie wiedergeben!"

Nun, abgesehen davon, daß es uns Deutschen nicht gut ansteht, andere Völker in irgend einer Weise zu verdächtigen und uns irgendwelchen Ressentiments hinzugeben, kann uns auch nur eine nüchterne Sicht der Wirklichkeit und – auf unser Problem angewandt – der konjunkturpolitischen Möglichkeiten weiterhelfen. Unsere Autonomie haben wir nicht jetzt oder in den letzten fünfzehn Jahren verloren, sondern mit der Machtergreifung Hitlers. Unser eigener Machttraum

überhaupt noch eine autonome Wirtschaftspolitik zu betreiben – während ein konvertibles System mit freien, flexibelen Wechselkursen jedem einzelnen Lande durchaus die Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik beläßt. Bei festen Wechselkursen bestimmt das Land mit der schlechtesten Währungsdisziplin, mit der weitestgehenden Inflation also, das ganze System der miteinander verbundenen Volkswirtschaften – während bei flexibelen Wechselkursen die Experimente anderer Länder die eigene Volkswirtschaft fast nicht berühren. Bei festen Wechselkursen kann folglich auch weder Adenauer, noch Erhard, noch Blessing in irgendeiner Weise mit Aussicht auf Erfolg z. B. eine Politik der Geldwertstabilität betreiben, sondern die Bundesrepublik ist ganz und gar abhängig von allen anderen Partnerländern des Internationalen Währungsfonds, d. h. natürlich ganz besonders von den USA. Setzen die Amerikaner ihre Inflationspolitik fort, so wird auch unsere D-Mark im gleichen Verhältnis an Kaufkraft verlieren. Lassen es die Amerikaner zur Krise („recession") kommen – und dies scheint im Frühsommer 1962 wieder der Fall zu sein – so wird es auch in der Bundesrepublik diesmal (weil die „wirksame Nachfrage" als Folge des geringeren Nachholbedarfes – auch keine Flüchlinge mehr – relativ schwächer geworden ist) zu einer Stagnation kommen können. Da aber auch die Amerikaner sich angesichts der Drohungen aus dem Osten überhaupt keine lange Krise leisten können, werden sie aller Voraussicht nach in Kürze ihre inflationäre Etat-Politik wieder aufnehmen. Schon jetzt ist die Rede von Steuerbegünstigungen für Neuinvestitionen, von günstigeren Abschreibungsrichtlinien, Steuersenkungen – alles mit dem Ergebnis eines großen Etatfehlbetrages. Und die Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft durch „deficit spending" (sprich: Inflation) wird sich dann auch wieder auf alle Währungspartner mit der gleichen Wirkung übertragen, so daß auch die Bundesrepublik, nach der genannten kurzen Unterbrechung, mit einer Fortsetzung der schleichenden Inflation und der Hochkonjunktur rechnen kann. Die Entwicklung (Recession – Angst vor den politischen Folgen der Krise – inflationäre Etatpolitik – Angst vor Geldentwertung und Gold- und Devisenabfluß: Währungsdisziplin – Recession . . .) wird solange anhalten, bis die amerikanischen Gold- und Devisenreserven aufgebraucht sein werden – oder bis die Amerikaner die Nerven verlieren und mit einem gewaltsamen Eingriff, dem New Deal vergleichbar (beginnend etwa mit Kapitalausfuhrverbot, evtl. verbunden mit einer Dollar-Abwertung), diese Entwicklung zu beendigen versuchen werden (ein „Lösungs"versuch, dem Kennedy möglicherweise zuneigen könnte) – oder bis endlich einmal eine grundlegende Neuordnung der Währungsverhältnisse der westlichen Welt unternommen werden wird (wofür die Aussichten vorerst leider sehr gering zu sein scheinen). Infolge

ihrer politischen Bindungen an die USA dürfte die Bundesrepublik vor dem Eintreten einer der genannten Situationen kaum eine Möglichkeit haben, zu einer auch nur teilweisen Autonomie ihrer Konjunkturpolitik mit monetären Mitteln – der einzigen einem freiheitlichen Rechtsstaat gemäßen Konjunkturpolitik – zurückzukehren. Je nach der Art der Entscheidung der USA wäre es aber unter Umständen auch sehr fraglich, ob die Rückkehr zu einem derartigen „geschlossenen" System überhaupt noch einmal wünschenswert sein könnte.

Das Richtigste wäre es doch wohl – und damit kommen wir auf den Ausgangspunkt der Betrachtungen über die Wechselkurse zurück – wenn kompetente deutsche wie nichtdeutsche Währungsfachleute innerhalb des Internationalen Währungsfonds ihren Einfluß dahingehend ausübten, daß endlich eine solche Währung für die gesamte freie Welt entwickelt und verwirklicht würde, daß die beiden einzigen Funktionen, die das Geld auszuüben hat, die Wertmesserfunktion und die Tauschmittelfunktion, völlig rein und ungestört zur Wirkung kommen könnten. Soweit es sich um das Geld als Wertmaßstab handelt, können wir nach dem oben Gesagten festhalten, daß keinerlei prinzipielle Hindernisse bestehen, eine aus der Quantitätstheorie des Geldes sich ergebende Indexwährung auch auf der Ebene des IWF zu verwirklichen. Was im Bereich einer „geschlossenen" Volkswirtschaft möglich ist, ist ebenso gut im Gesamtbereich des IWF möglich, vorausgesetzt nur, daß dieser sein System „geschlossen" hält und daß einzig und allein er eine autonome Währungspolitik in diesem Bereiche treiben darf; daß hingegen sämtliche Zentralnotenbanken der einzelnen Länder den Weisungen des IWF voll und ganz unterworfen werden; d. h. daß also auch die Budget- und Steuerpolitik, die Lohn- und Gehaltspolitik, usw. keinen bestimmenden Einfluß mehr auf die Schöpfung neuer Zahlungsmittel haben dürfen. Ganz abgesehen davon, daß die USA – gegenüber der Sowjetunion und dem kommunistischen China – als Folge des Krieges die unbestrittene Vormacht- und Führungsstellung in der westlichen Welt eingenommen haben, drängt auch die Entwicklung der Wirtschaft selbst mit aller Macht zu einer immer weitergehenden internationalen Arbeitsteilung und somit Verflechtung. Was unter diesen Umständen not tut und was unter den gegenwärtigen Auspizien das Erstrebenswerteste wäre, das ist eine noch weitergehende Integration der westlichen Volkswirtschaften und deren schließliches Aufgehen in einer westlichen Weltwirtschaft.

Was freilich gerade dann auch not tut, das ist die Befreiung dieser westlichen Welt von dem Irrglauben an den vermeintlichen Absolutheitscharakter des Goldes und den sich daraus ableitenden Absolutismus des Nominalwertes der Zahlungsmittel überhaupt (vgl. Dr. K. O.

sung dieses Problems verdanken, und es darf daher auch an dieser Stelle wieder auf sein Werk, die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", das wir ja auch oben schon zu Rate gezogen haben, verwiesen werden. Keynes' Grundgedanken sind etwa wie folgt: der einzige Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit ist (abgesehen von dem Moment der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in seiner Arbeit, der hier aber ja nicht zur Diskussion steht) die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen aller Art für den Gebrauch und für den Verbrauch. Die Vorsorge für den Verbrauch von morgen ist dem Menschen angeboren; ist sein legitimes Recht, ja seine Pflicht. Infolge der Verderblichkeit aller Güter ist es indessen nicht möglich, über einen gewissen Zeitraum hinaus Güter für den Verbrauch bereitzustellen. Wir können wohl Geldmittel, weil diese weder dem Verderb unterworfen sind, noch „Durchhaltekosten" verursachen, heute sparen, um sie zum Kauf von Gütern morgen zu verwenden, wir verlagern dadurch aber die Produktion von heute vom Konsumgütersektor zum Investitionsgütersektor und erhöhen dadurch die Schwierigkeiten von morgen, eine noch größer gewordene Produktion restlos unterzubringen. Im Gelde haben wir also das Mittel gefunden, durch das – weil Repräsentant aller Waren – die „wirksame Nachfrage" sich willkürlich einmal zugunsten der Konsumgüter, einmal zugunsten der Investitionsgüter und einmal sogar überhaupt nicht einsetzen läßt. Da, wie wir schon gesehen haben, der „Hang zum Verbrauch" begrenzt ist, müßte das Geld – als Sparkapital – dann wenigstens ganz in die Investition fließen, damit der Wirtschaftskreislauf nicht unterbrochen wird. Indessen, dem steht sehr häufig der Preis entgegen, zu dem der Geldbesitzer nur bereit ist, sein Geld auszuleihen, bzw. der es dem Investor noch ermöglicht, Kapital neu aufzunehmen und zu investieren. Der Zins bestimmt also die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals". Und dieser Preis für das Leihgeld ist es dann des weiteren auch, der letztlich den Wirtschaftskreislauf unterbricht und damit die Konjunkturschwankungen hervorruft. Genauer: des Geldbesitzers Bevorzugung der Liquidität, sein „Hang zur Liquidität" (liquidity-preference) ist es eigentlich, der – bei dem herkömmlichen Geldwesen – den Ware-Geld-Ware-Kreislauf jeweils unterbrechen läßt. Der Zins ist lediglich die Prämie, die der Geldbesitzer für die Aufgabe der Vorteile der Liquidität für eine bestimmte Zeit verlangt. Volkstümlicher gesprochen: die Hergabe von Kapital muß sich „rentieren", sonst behält sein Eigentümer es lieber für sich. In solchen Zeiten nun, in denen das Kapital knapp, in denen die „Leistungsfähigkeit des Kapitals" groß ist, wird der Zinssatz hoch sein und den „Hang zur Liquidität" leicht überwinden, denn er verspricht ja dem Geldeigentümer ein hohes, sicheres Einkommen. Die ununterbrochene wirtschaftliche Tätigkeit

führt aber dazu, daß immer mehr Kapital gebildet wird; daß das Kapital-Angebot reichlicher, die Kapital-Nachfrage aber schwächer wird, so daß der Preis für das Kapital, der Zins, sinkt. Gäbe es nun nicht die Möglichkeit, Geldmittel gewissermaßen „untätig" zu Hause oder auch bei der Bank aufzubewahren, wäre vielmehr das Geld laufend gezwungen, sich dem Tausche zur Verfügung zu stellen, so würde es solange zum Kaufe weiterer Kapitalgüter verwandt werden, das heißt, es würden solange weitere Kapitalien gebildet werden, als sie *überhaupt noch mit auch nur der kleinsten Aussicht auf einen Nutzen* gebraucht werden könnten. Da aber die Möglichkeiten der Menschheit, Kapital irgendwie nutzbringend oder sinnvoll einzusetzen, praktisch unbegrenzt sind, würde es – in diesem Falle, daß das Geld sich nicht seiner Tauschfunktion entziehen könnte – nicht dazu kommen können, daß die nicht in den direkten Konsum fließenden Einkommensteile zu gewissen Zeiten entweder der Investition vorenthalten oder von den Investoren nicht aufgenommen werden. Nun, die Wirklichkeit ist anders: sie kennt solches Geld, das sich dem Tausche nicht entziehen kann, das der Investition also kostenlos zur Verfügung stünde, nicht. Unser Geld, als Geldstück wie als Banknote, ist vielmehr wertbeständig, insofern jedenfalls, als es sich um den Nominalwert des einzelnen Geldzeichens handelt. Und eben diese „Wertbeständigkeit" verleiht dem Gelde gewissermaßen eine „Überlegenheit" über jede andere Ware. Der Geldbesitzer muß nicht unter allen Umständen sein Geld wieder in den Verkehr bringen – er kann vielmehr warten. Und eben diese Eigenschaft des Geldes ist es dann, die den Geldbesitzer befähigt, seinem „Hange zur Liquidität" zu „fröhnen" – und zwar solange, bis ihm ein „interessanter" (vgl. „interest" = „Zins") Zinssatz für den Verzicht auf die Vorteile der Liquidität geboten wird. So bestimmt also der „Hang zur Liquidität" in Verbindung mit der „Dauerhaftigkeit" unserer Geldzeichen (nicht zu verwechseln mit der Geldwertstabilität unseres Geldes als ganzem) letzten Endes den Mindestzinssatz, unter welchem sich Geldkapital einfach nicht für Investitionszwecke zur Verfügung stellt. Damit haben wir aber auch in dem menschlichen „Hang zur Liquidität" in Verbindung mit dem Dauercharakter des Nominalwertes unseres Geldes den Punkt gefunden, der das Schicksal der konjunkturellen Entwicklungen unserer Wirtschaft *entscheidend bestimmt.*

„Damit wäre dann aber doch klipp und klar bewiesen, daß es die Kapitalisten sind, die aus egoistischen Bereicherungs- und Machtgründen das Glück der Menschheit, insoweit es von einer Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung und Kapitalbildung abhängt, nicht wollen; daß es die Kapitalisten sind, die das Elend der Menschheit verursachen. Folglich müssen diejenigen Kapitalisten, die auf ihren

‚Hang zur Liquidität' nicht verzichten wollen, enteignet werden. Zumindest wird man ihnen aber soviel an Steuern abnehmen müssen, daß sie sich ihrer kapitalistischen Haltung nicht recht erfreuen können; und daß den Nichtkapitalisten doch wenigstens ein Teil der von den Kapitalisten errafften Profite auf dem Wege der Umverteilung zugeführt wird." So oder ähnlich wurde nicht nur von den Marxisten im vergangenen Jahrhundert gedacht, so wird auch heute noch gedacht. Immer neigen die einen, die vom Schicksal Betrogenen, die Ungeschickteren, die weniger Raffinierten, aber auch die Fauleren, Mißgünstigen und Neidischen dazu, die anderen, die „Glücklicheren", Geschickteren, Raffinierteren usw. persönlich für alles Elend in der Welt verantwortlich zu machen. Und in aufgeregteren Zeiten müssen letztere dann auch nicht selten als Sündenböcke mit ihren Köpfen dafür büßen, daß es ersteren so schlecht geht. Und dabei liegen die Dinge doch ganz anders. Machen wir sie uns also klar. Der „Hang zur Liquidität", in dem ja der eigentliche Kern dessen zu suchen ist, was wir das „kapitalistische Rentabilitätsdenken" nennen – der „Hang zur Liquidität" ist eine der menschlichen Natur eingeborene, also durchaus legitime Eigenschaft des Menschen. Er ist ein Ausdruck der menschlichen Vorsorge für die Zukunft, der menschlichen Vorsicht gegenüber den vielfältigen Risiken und schließlich auch des menschlichen Strebens, mit geringem Einsatz einen möglichst hohen Nutzeffekt zu erzielen (des ökonomischen Prinzips also). Der „Hang zur Liquidität", der den Zins und damit den „Kapitalismus" begründet, ist derart Ausdruck der allgemein menschlichen Natur selbst, daß es ein völliger Irrsinn wäre, seine Abschaffung zu verlangen. Man könnte ebenso gut das Wasser zwingen wollen, den Berg hinauf zu fließen, und würde man die Kapitalisten einzeln ausrotten, so würde an die Stelle jedes beseitigten Kapitalisten ein neuer Kapitalist treten. Denn die Menschen sind ihrem ureigensten Wesen nach „Kapitalisten".

Dann wäre also gegen das System des „Kapitalismus" gar nichts einzuwenden? Und dann wären also auch die verheerenden Wirtschaftskrisen sozusagen unvermeidliche Schicksalsschläge, gegen die es überhaupt keine heilenden Gegenmittel gäbe, ausgenommen diejenigen, die die Menschennatur mit diktatorischen Mitteln, letzten Endes mit der Todesstrafe also, in ein System zwängen, in dem menschliche Regungen überhaupt nicht mehr vorkommen dürften, planmäßig abgeschafft wären? Entweder also „Kapitalismus" mit Krisen – oder Kommunismus? Nun, wir wissen, daß letzteres hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten; den Teufel mit Beelzebub austreiben. Oder – um mit Professor Böhm zu sprechen – jede Macht korrumpiert, absolute Macht aber korrumpiert absolut. Nachdem wir nun also die menschliche Natur, zu der der „Hang zur Liquidität" so gut gehört wie der Egoismus

als Übersteigerung des Selbsterhaltungstriebes oder die Machtwillkür als Übersteigerung des Freiheitswillens, nicht ausschalten wollen – wie können wir sie bändigen, in Schach halten, womöglich in den Dienst der zu begründenden, gerechten Wirtschaftsordnung stellen? Auf unser Problem angewandt: wie können wir dem Menschen seine Entscheidungsfreiheit belassen, o h n e daß der „Hang zur Liquidität" ihn immer wieder veranlaßt, sein Geld in dem Augenblick aus dem Wirtschaftskreislauf zurückzuziehen, in dem der Zinssatz uninteressant wird; bzw. ohne daß der „Hang zur Liquidität" ihn darauf beharren läßt, einen Mindestzinssatz zu verlangen, der zur Folge hat, daß die Investitionstätigkeit lange vor dem Erreichen der Sättigung des Kapitalbedarfes aufhört, wodurch dann jeweils die Wirtschaftskrisen ausgelöst werden?

Wir haben oben gesehen, daß erst das Zusammentreffen von zwei Faktoren die Ursache dafür ist, daß der Zinssatz auch im Falle immer reichlicheren Kapitalangebotes nicht unter eine gewisse Grenze fällt: der „Hang" des Menschen „zur Liquidität" und der Dauercharakter des Nominalwertes unseres Geldes. Wir haben weiter gesehen, daß es im Hinblick auf das Ziel der Errichtung einer freiheitlichen, menschenwürdigen Sozialordnung unmöglich ist, die Natur des Menschen gewaltsam zu unterdrücken, wie es der Kommunismus zu tun versucht. Wir müssen uns schließlich bei ehrlicher Prüfung unserer eigenen Natur, wie bei Beobachtung unserer Mitwelt eingestehen, daß es auch auf absehbare Zeit nicht in der Macht der Erziehung liegt, die Menschen zu einem „besseren" sozialen Verhalten zu bewegen. Auf unser Problem übertragen heißt das, daß es nicht möglich ist, den „Hang zur Liquidität" abzuschaffen. Wir haben aber noch nicht untersucht, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, den anderen der beiden genannten Faktoren, die die Krisen bewirken, so umzugestalten, daß er nicht mehr die genannten Störungen verursacht. Bevor wir uns dieser Aufgabe nähern, sei ein Vergleich erlaubt. Wenn es keine Verfassung gäbe und keine Gesetze und nicht die die Beachtung dieser Gesetze notfalls erzwingende Polizei, überschritte so mancher ehrbare Mensch tagtäglich die Grenzen der Spielregeln, die doch beachtet werden müssen, wenn das menschliche Zusammenleben nicht infolge der dem Menschen eingeborenen Triebe in chaotischen Zustände versinken soll. Werden deswegen die Menschen in Unfreiheit gehalten, weil sie sich selbst ein Rechts- und Gesetzeswesen geschaffen haben, dem sie sich „unterwerfen"? Nun, es gilt, dem Wirtschaftswesen der Menschen eine analoge Verfassung zu setzen. Eine Verfassung, die das Tauschmittel „Geld" ‚tauschneutral' gestaltet, wodurch erst die von Thomas von Aquin geforderte „Tauschgerechtigkeit" verwirklicht werden kann. Ins Konkrete übertragen hieße das

also: das Geld darf sich nicht mehr seiner Tauschfunktion entziehen können. Es muß genauso mit „Durchhaltekosten" belastet sein wie die Waren. Dann kann sein Besitzer es nicht mehr ohne Verlust aufbewahren. Er wird dadurch dann veranlaßt, es auszugeben. Auf diese Weise bewirkt es aber den Fortgang des Wirtschaftskreislaufes. Oder wenn er es nicht selbst ausgeben will, dann gibt er es seiner Bank. Nun trägt diese den „Schaden", wenn sie es nicht ihrerseits wieder ausgibt. Demzufolge wird auch die Bank das Geld wieder weitergeben, d. h. verleihen. Da aber, wie wir gesehen haben, die Kapitalbildung längst sehr weit fortgeschritten ist, wird für zusätzliches Kapital kein hoher Zins mehr bezahlt werden können. Da das Geld aber im Falle der Nichtverwendung infolge seiner „Verderblichkeit" an Wert einbüßen würde, wird es dann trotz des niedrigen Zinsfußes doch ausgegeben und investiert werden. Gerade diese Wirkung soll aber erzielt werden. Denn nun bleibt infolge des stetigen Geldumlaufes auch der Wirtschaftskreislauf intakt. Es gibt keine Deflation, keine Wirtschaftskrisen mehr.

Schon 1935 faßte Keynes diesen Gedanken in folgende Worte: „Wir könnten somit in der Wirklichkeit (und es liegt hierin nichts Unerreichbares) auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger einen Bonus erhalten wird; und auf einen Plan unmittelbarer Besteuerung (gesp. v. V.), der es ermöglicht, die Intelligenz und die Entschlossenheit und die vollziehende Geschicklichkeit des Finanzmannes, des Unternehmers et hoc genus omne (die ihr Gewerbe offenbar so gern haben, daß ihre Arbeit viel billiger als gegenwärtig erhältlich wäre) in den Dienst des Gemeinwesens zu einer angemessenen Entschädigung einzuspannen." (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, Duncker und Humblot München 1936, S. 317/318)

Man wird nun u. U. gegen diesen Vorschlag einwenden, das „Verderblichmachen" des Geldes sei gleichbedeutend mit Inflation. Inflation sei also das von uns vorgeschlagene Heilmittel. Nun, unser Vorschlag geht dahin, das einzelne Geldzeichen dem „Verderb" auszusetsetzen – während Inflation bedeutet, daß die Gesamt geldmenge im Verhältnis zur Gesamtwarenmenge immer größer wird. Letzteres wollen wir selbstverständlich nicht. Im Gegenteil, die Geldmenge wollen wir ja gerade mit Hilfe der „Indexwährung" (siehe oben) so steuern, daß sich der Durchschnittspreisstand nicht verändern kann. Dennoch darf aber zum Verständnis des Vorschlages darauf hingewiesen werden, daß eine Inflation – was die Bereitwilligkeit zum Ausgeben des Geldes betrifft – die gleiche Wirkung hat wie unser Vorschlag, der das einzelne Geldzeichen unter Umlaufzwang setzen will. Nur, daß

eben eine Inflation nicht nur das Geld als Wertmaßstab vernichtet, sondern auch alle Ersparnisse und damit jede Sicherheit zunichte macht – während unser Vorschlag gerade diese Wirkung nicht herbeiführen kann. Während also jede Inflation eine äußerste Unstabilität und Unsicherheit zur Folge hat, zielt unser Vorschlag auf unbedingte Stabilität und Funktionsfähigkeit des Geldes und dadurch zugleich auch auf unbedingte „Tauschgerechtigkeit" im gesamten Wirtschaftsablauf.

Ein weiterer möglicher Einwand gegen unseren Vorschlag: das Mittel der Belastung der einzelnen Geldzeichen sei praktisch wirkungslos, da das Bargeld ja nur eine untergeordnete Rolle im Verhältnis zum „Buchgeld" spiele. Man müsse demzufolge auch das „Buchgeld" dem Umlaufzwang unterwerfen. Dies sei aber schlechterdings unmöglich, weil die Buchgeldmenge infolge ihrer täglichen, stündlichen, ja ununterbrochen sich vollziehenden Größenveränderungen überhaupt nicht zu fassen sei. Damit entfalle aber überhaupt jede Möglichkeit, das Geld unter Kontrolle zu bekommen und einem gezielten Umlaufzwang zu unterwerfen. Ohne daß wir hier in die Einzelheiten dieses Problemes einsteigen können, sei doch soviel dazu gesagt: Nur das ist Geld, was von der Notenbank als solches b a r in Umlauf gegeben wird. Alles „Buchgeld" oder „Giralgeld" aber, das sich infolge der vermeintlichen „Geldschöpfungsmacht" der Banken auch noch im Umlauf befindet, ist kein ursprüngliches Geld; ist vielmehr K r e d i t. Und dieser Kredit kann nur auf der Basis des eigentlichen, tatsächlichen Geldes gewährt werden. Die Buchgeldmenge ist absolut fest an die Bar-Einlösungspflicht gebunden. Infolgedessen aber ist es auch möglich – bei aller Anerkennung der Möglichkeiten der Kreditgewährung (vermeintlich „Geldschöpfung") und Kreditverknappung (vermeintlich „Geldmengenverminderung") – durch Steuerung der Bargeldmenge Einfluß auf den Gesamtwirtschaftsablauf auszuüben. Übrigens wäre ja auch jeder Versuch, mit Erfolg eine Indexwährungspolitik zu betreiben, eine Illusion, wenn es nicht diese Möglichkeit der Geldmengenregulierung allein durch Begrenzung der Bargeldmenge gäbe. Und schließlich wäre die ganze Diskussion über die Geldmengenvermehrung als Folge der Exportüberschüsse, und als weitere Folge die Diskussion über feste oder flexibele Wechselkurse gegenstandslos, wenn nicht dieser fundamentale Unterschied von wirklichem, barem G e l d und durch Kreditgewährung darauf aufbauendem „Giralgeld" bestehen würde.

Damit ist aber der Beweis erbracht, daß eine Belastung (oder „Besteuerung" oder wie immer man es nennen will) der einzelnen Bargeldzeichen ihre Wirkung auf den gesamten Geldumlauf, wie auf allen darauf aufgebauten Kredit nicht verfehlen wird; daß es mit die-

sem Mittel also möglich ist, sämtliche Einkommensteile (als Gegenwert aller Produktion) restlos und ganz kurzfristig als „wirksame Nachfrage" wieder dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen.

Zugegeben, die obige Beweisführung für die Möglichkeit der Umlaufsicherung des Geldes ist knapp, so daß sich eine Fülle von Fragen ergeben kann, die die Tauglichkeit dieses Vorschlages in Zweifel ziehen: wäre damit irgend etwas gegen das Grundprinzip gesagt, demzufolge das einzige, der freiheitlichen Ordnung auch des Wirtschaftslebens gemäße Mittel zur Herbeiführung der vollständigen „wirksamen Nachfrage" eine wirksame Umlaufsicherung des Geldes ist? Selbst wenn es also – was einige behaupten – im voraus gar nicht möglich sein sollte, eine in jeder Hinsicht befriedigende Theorie der Umlaufsicherung zu entwickeln, so wäre es dann doch nur eine Frage des guten Willens, durch „trial and error" (um mit Keynes zu sprechen) sich allmählich an die praktikabelsten Methoden der Beherrschung dieses Problemes heranzutasten. Auf diesen guten Willen zur Erkenntnis des Wahren, auf diese „Tugend der Klugheit" allerdings kommt es entscheidend an.

Damit kommen wir auf den Ausgangspunkt unserer Betrachtung, auf die Frage nach der richtigen Therapie für unsere unstabil gewordene Konjunktur, zurück. Und wenn wir uns nun wieder vergegenwärtigen, was alles von unseren mehr oder weniger maßgeblichen Wirtschafts- und Währungsexperten über dieses Problem der Bewältigung der Inflations- und Deflationskrisen gesagt wird, so mögen wir uns eines leisen Erschreckens wohl kaum erwehren können. Hören wir, was der maßgebendste Mann, Bundesbankpräsident Blessing, zu unserem Problem sagt (FAZ-Bericht vom 14. Mai 1962):

„Ich möchte davor warnen, zu glauben, daß die Aufwärtsentwicklung der letzten vierzehn Jahre sich einfach in die Zukunft projizieren läßt. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir wieder in ein etwas rauheres Klima geraten. Die Kostenerhöhungen der letzten Jahre plus Aufwertung haben den Konkurrenzvorsprung, den wir gegenüber dem Ausland hatten, beseitigt. Die Außenhandelszahlen der letzten sechs Monate ebenso wie die Preisvergleiche . . . sprechen eine deutliche Sprache. Die kontinuierlichen Devisenzuflüsse des letzten Jahrzehnts haben seit einigen Monaten aufgehört, ebenso die sich daraus ergebenden starken Liquidisierungstendenzen . . . Es werden von allen Seiten zu hohe Ansprüche an das Sozialprodukt gestellt. Im Ausland sind die Kosten und Preise in den letzten zwei Jahren sehr viel stabiler gewesen als bei uns. Das bedeutet, daß im Gegensatz zu früher, als Kosten und Preise im Ausland schneller stiegen als hier, nunmehr Kräfte erwachsen, die dem Preis- und Kostenauftrieb in der Bundesrepublik entgegenwirken. Das Vordringen der Einfuhr macht Preiser-

höhungen immer schwieriger. Wenn erhöhte Kosten nicht mehr auf die Preise überwälzt werden können, bedeutet dies einen Druck auf die Gewinnspannen und damit geringere Investitionsneigung und im weiteren Verlauf auch geringere Beschäftigung und geringere Neigung zu Lohnzugeständnissen. Es wäre vernünftiger . . . auf weitere Kosten- und Preiserhöhungen zu verzichten, anstatt den unter Umständen sehr schmerzvollen und teueren Prozeß der Selbstkorrektur über eine Konjunkturabschwächung voll wirksam werden zu lassen. Wer glaubt, daß der Prozeß der Selbstkorrektur durch Kunstgriffe umgangen werden könnte, der irrt sich. Die Notenbank würde ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wollte sie im entscheidenden Augenblick den durch Kosten- und Preisübersteigerungen hervorgerufenen Anpassungsprozeß durch Inflationsspritzen verhindern, ganz abgesehen davon, daß die Zahlungsbilanz uns dies nicht lange gestatten würde. Unsere Aufgabe ist es, die Währung nach außen und innen zu sichern. Wir haben seit Ende 1960 eine zahlungsbilanzkonforme Politik getrieben, weil es eine andere Politik nach Lage der Dinge nicht gab. Es wird auch keine andere als eine an der Zahlungsbilanz orientierte Politik geben können, wenn unsere Zahlungsbilanz passiv ist."

Soweit Blessing. Man sollte seine Sätze zweimal lesen, um ihren vollen Sinn richtig zu erfassen: „Es werden von allen Seiten zu hohe Ansprüche an das Sozialprodukt gestellt". „Es wäre vernünftiger, auf weitere Kosten- und Preiserhöhungeen zu verzichten . . ." „Wer glaubt, daß der Prozeß der Selbstkorrektur durch Kunstgriffe umgangen werden könnte, der irrt sich." „. . . den durch Kosten- und Preisübersteigerungen hervorgerufenen Anpassungsprozeß..." „Unsere Aufgabe ist es, die Währung nach außen und innen zu sichern." „Wir haben seit Ende 1960 eine zahlungsbilanzkonforme Politik betrieben." – Nicht nur, daß das Volk die Opfer für die verunglückte Währungspolitik seiner großen Kapitäne wird bezahlen müssen – jetzt wird es auch noch zum Schuldigen erklärt für die Fehler, die die Verantwortlichen gemacht haben: die mangelnde Unabhängigkeit der Notenbank von der Politik; das System von Bretton Woods mit den festen Wechselkursen und der Bindung des Dollars an das Gold; die zahllosen punktuellen Eingriffe der Politiker in die Wirtschaft; und alle die daraus sich ergebenden Störungen der Wertmesser- und Tauschmittelfunktion des Geldes, wie Exportaufblähung, Devisenüberschüsse, Bauboom usw. usw. Jetzt soll das Volk Maß halten – nachdem die Experten es nicht fertig gebracht haben, das Problem der Herbeiführung von Geldwertstabilität und dauernder Vollbeschäftigung bei ausgeglichener Zahlungsbilanz befriedigend zu lösen. Muß es da nicht wie Hohn klingen, wenn jetzt von der Aufgabe der Notenbank gesprochen wird, „die Währung nach außen und innen zu sichern"? Wenn jetzt das Volk, vor allem auch ein Teil der Exportindustrie mittels einer Recession dafür bestraft wird, daß die Notenbank es versäumt hatte, rechtzeitig – vor vielen

Jahren – durch Einführung flexibeler Wechselkurse das Inland vor den ausländischen Inflationen abzuschirmen.

Nun, Blessing ist nicht alleine maßgebend. Und vielleicht ist er sogar verzweifelt über die von ihm gewiß ungewollte Entwicklung. Indessen, die Verantwortung abschieben auf das Volk, wie es neuerdings leider und unverständlicherweise auch Erhard tut – das wäre gar zu billig. – Doch hören wir auch noch einen anderen, vielleicht noch maßgebenderen Repräsentanten der bundesdeutschen Währungspolitik; Blessings Vorgänger, Geheimrat Vocke. Sein Vorschlag auf der Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bad Kreuznach Anfang April 1962:

„Die europäischen, heute insgesamt goldstarken Notenbanken nehmen nach dem Muster der USA die Goldkonvertibilität nach außen zur Parität wieder auf, und zwar nur auf Gegenseitigkeit, beschränkt untereinander: Club der nach außen konvertiblen Währungen. Gleichzeitig verpflichten sie sich, Gold zur Parität zu kaufen. Keine einseitige Paritätsänderung innerhalb des Clubs ohne Zustimmung der Partner. Keine Notenbank soll mehr gezwungen sein, Devisen von außerhalb des Clubs zu kaufen; sie ist beim Kauf solcher Devisen frei im Kurs."

Man muß sich die Augen reiben: „Goldclub"? „Gold zur Parität?" Leben wir im Jahre 1962 oder im Jahre 1929? – Und wenn man sich nun noch die Groteske um den VW-Preis vor Augen hält – kann man dann noch die Hoffnung behalten, daß es innerhalb der Bundesrepublik je möglich sein wird, zu einer gesunden Währungs- und Konjunkturpolitik zu gelangen?

Hören wir dagegen nun, was Keynes bereits im Jahre 1935 zu sagen hatte:

„Unter dem Einfluß dieser fehlerhaften Theorie (gemeint war die laissez faire-Doktrin) hat die City von London allmählich die gefährlichste Technik für die Erhaltung des Gleichgewichts ausgearbeitet, die man sich überhaupt denken kann, nämlich die Technik, die Bankrate mit einer starren Parität der auswärtigen Wechselkurse zu kuppeln. Denn dies bedeutete, daß das Ziel der Erhaltung eines mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Zinsfußes völlig ausgeschaltet wurde. Da es in Wirklichkeit unmöglich ist, die Zahlungsbilanz zu vernachlässigen, wurde ein Mittel für ihre Kontrolle entwickelt, das, statt den inländischen Zinsfuß (gegen Erhöhung) zu schützen, ihn der Wirkung blinder Gewalten opferte." (Allgemeine Theorie S. 287) Und weiter unten (S. 295): „Denn in einer Wirtschaft . . ., in der die Menge des inländischen Geldumlaufes und der inländische Zinsfuß hauptsächlich durch die Zah-

lungsbilanz bestimmt werden . . ., steht den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Inland zur Verfügung, als das Ringen nach einem Ausfuhrüberschuß und nach einer Einfuhr des geldlichen Metalles auf Kosten ihrer Nachbarn. Nie in der Geschichte ist eine Methode erdacht worden, die den Vorteil jedes Landes wirksamer in Gegensatz zum Vorteil seiner Nachbarn gebracht hätte, als der internationale Gold- (oder früher Silber-) Standard. Denn er machte den inländischen Wohlstand unmittelbar von der wetteifernden Jagd nach Märkten und dem wetteifernden Appetit auf die Edelmetalle abhängig. Wenn durch einen glücklichen Zufall die neuen Angebote von Gold und Silber verhältnismäßig reichlich waren, mag der Kampf etwas nachgelassen haben. Aber mit dem Anwachsen des Reichtums und mit dem abnehmenden Grenzhang zum Verbrauch hat er die Neigung gehabt, zunehmend vernichtend zu werden. Die Rolle, die von den orthodoxen Ökonomen gespielt wurde, deren gesunder Menschenverstand (commun sense) nicht ausreichte, um ihrer falschen Logik entgegenzuwirken, ist bis zum letzten Akt verhängnisvoll gewesen. Denn wenn einige Länder in ihrem blinden Ringen nach einem Ausweg die Verpflichtungen abgeworfen hatten, die früher einen autonomen Zinsfuß unmöglich gemacht hatten, so haben diese Ökonomen gelehrt, daß die Wiederherstellung der früheren Ketten ein notwendiger erster Schritt zu einem allgemeinen Anstieg sei. In Wahrheit trifft das Gegenteil zu. Es ist die Politik eines autonomen Zinsfußes, ungehemmt von internationalen Voreingenommenheiten, und eines auf ein Optimum inländischer Beschäftigung gerichteten nationalen Investitionsprogramms, das doppelt gesegnet ist in dem Sinne, daß es gleichzeitig uns selbst und unseren Nachbarn hilft. Und es ist die gleichzeitige Verfolgung dieser Politik gemeinsam durch alle Länder, die wirtschaftliche Gesundheit und Stärke international wiederherstellen kann, ob wir sie am Niveau der inländischen Beschäftigung oder an der Menge des internationalen Handels messen."

„Aber hat sich nicht unter dem Einfluß der Keynes'schen Theorie und veranlaßt durch die großen Erfolge seiner Vollbeschäftigungspolitik in den dreißiger Jahren eine Dogmatisierung der Vollbeschäftigungslehre herausgebildet dergestalt, daß die Keynes'schen Methoden und Instrumente aus Sorge um die Wiederkehr einer Unterbeschäftigung großen Stils auch dort und dann bereits angewandt werden, wenn nur eben einmal ein Stillstand in der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung eintritt? Und muß nicht in solcher Situation durch die mit Hilfe neu geschaffener Geldmittel hervorgerufene Erhöhung der Nachfrage zwangsläufig eine Inflation entstehen? Ist es mithin nicht überhaupt bedenklich, Keynes zu Rate zu ziehen,

zumal gerade er ja auch wiederholt in der einen oder anderen Form dem Staate die Kontrolle über die Zinssätze und über die Investition übertragen wollte?" Mit solchen und ähnlichen Argumenten wird nicht selten versucht, Keynes' Ruhm zu verdunkeln und seine Erkenntnisse zu entwerten. Es muß daher ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Keynes alles andere als ein Dogmatiker gewesen ist; daß ihm Staatseingriffe – wenn überhaupt – allenfalls als ultima ratio opportun erschienen; daß ihm, gerade ihm, nichts über die persönliche Freiheit ging, über das „Spiel des Selbstinteresses", über „die Vorteile der Leistungsfähigkeit und der Dezentralisation", über die „Selbstverantwortung", über eine „Gewähr für die Vielgestaltigkeit des Lebens", über die „Initiativkraft des Einzelnen". Und so finden wir denn auch an vielen Stellen seines Werkes, den oben dargelegten Gedanken der Entwicklung eines Geldes, das „durch die Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten" alle Einkommen restlos als „wirksame Nachfrage" wieder der Produktion zuführt, bevorzugt behandelt. Wenn im übrigen aber Keynes – im Jahre 1935 – dem Staate und seinen Repräsentanten und Dienern noch die Einsichten und Kräfte zutraute, durch direkte Beeinflussung des Zinssatzes der Verbrauchsquote und der Investition eine heilende Wirkung auf den Konjunkturverlauf ausüben zu können, so müssen wir ihm zugute halten, daß ihm damals die leidvollen Erfahrungen unbekannt gewesen sind, die wir inzwischen mit allem, was Staat und staatlich organisierte Macht heißt, haben machen müssen. Nachdem wir Heutigen – nicht zuletzt durch Walter Eucken und gerade eben wieder durch Franz Böhm (vgl. FAZ v. 19. Mai 1962) – wissen, daß infolge der Interdependenz der Ordnungen eine insgesamt freiheitliche Sozialordnung nur dann gewährleistet ist, wenn ihre drei Teilbereiche unabhängig voneinander dastehen, ist es für uns auch unabdingbar, daß der Staat sich jeglicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf als solchen strikte enthalten muß; daß es hingegen seine ebenso strikte Pflicht ist, der Wirtschaft die Rechts g r u n d l a g e zu garantieren, die sie braucht, damit in ihr „Gegenseitigkeit" oder „Tauschgerechtigkeit" herrschen kann. Und auf die spezielle Frage nach dem bestmöglichen Mittel zur Sicherung der Tauschfunktion des Geldes, wie seiner Funktion als Wertmaßstab kommen wir zu dem Schluß, daß uns einzig und allein eine absolut unabhängige Zentralnotenbank aus der Misère herausführen könnte, in der wir uns heute noch dank falscher Theorien und latent wirkender Egoismen befinden. Wobei es eine Frage unterordneter Bedeutung sein dürfte, ob die Prinzipien der Indexwährung und des Umlaufgeldes sofort im Weltmaßstab praktiziert werden, oder ob sie zunächst nur in einem Lande (und in diesem Falle dann nach außen hin abgesichert durch flexibele Wechselkurse) in die Tat umgesetzt werden. Die Welt des freien Westens wird jedenfalls nur dann bestehen

können, wenn genügend uneigennützige, einsichtige und mutige Männer ihrer Wirtschaft diejenige Grundlage erkämpfen, die allein die Voraussetzung einer allseitigen Freiheit werden kann: die „Ordnung der Tauschgerechtigkeit" wie sie schon von Thomas von Aquin in ihrem eigentlichen Kern erkannt worden ist – sowohl im Verkehr der einzelnen Menschen und Betriebe, der ‚Arbeit' und des ‚Kapitals' wie der Völker und Staaten miteinander. Und eben diese Weltwirtschaft auf der Basis einer tauschneutralen Weltwährung würde dann auch die Voraussetzung bieten für die Überwindung des unseligen „Einheitsstaates" jakobinischer Provenienz, der sich auf allen Gebieten des sozialen Lebens trotz offensichtlichen Versagens allumfassende Zuständigkeit angemaßt hat und die Befreiung des Individuums von der Bevormundung durch die staatliche Ministerialbürokratie, wie sie sich u. a. so erschreckend in unserem Bildungswesen ausgebreitet hat.

Fritz Penserot

Der vorstehende Aufsatz war schon im Druck, als die erregenden Nachrichten über die außerordentlichen Aktienkursstürze an allen Börsen der westlichen Welt eintrafen und damit in eklatanter Weise eine einzige Bestätigung der Richtigkeit der in diesen Blättern seit Jahr und Tag vertretenen Auffassungen erbrachten. Möge diese neueste schreckliche Erfahrung den Verantwortlichen in Wissenschaft, Bundesbank und Bundesregierung die Augen öffnen für die bare Notwendigkeit der grundlegenden Reformierung unseres Geldwesens im Sinne der hier dargelegten Vorschläge; und möge sie ihnen den Mut verleihen, ausschließlich gemäß ihrer Erkenntnis zu handeln. – Red.

Partnerschaft

Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses

Im Heft 25 (Dezember 1961) der „Fragen der Freiheit" [1]) wurde das Einleitungsreferat zu einem Kursus des Seminars für freiheitliche Ordnung über das Arbeitsverhältnis abgedruckt. Es zeigt die Ausgangsposition der folgenden Überlegungen auf. Diese sollen skizzenhaft die neue Ordnung des Arbeitsverhältnisses, wie sie sich mit der weiteren Verbesserung unserer Wirtschaftsordnung voraussichtlich entwickeln wird, umreißen. Diese Ausführungen sollen zu weiteren Untersuchungen anregen, als deren Frucht dann hoffentlich eine systematische Gesamtdarstellung entstehen wird.

Da das Arbeitsverhältnis eine Erscheinung des Wirtschaftslebens ist, ist es ratsam die Überlegungen damit zu beginnen, die wirtschaftlichen Interessen aufzudecken, die ihm direkt oder indirekt zugrundeliegen.

In Betracht kommen hier die Interessen der Arbeiter, der Unternehmer und der Kapitalgeber; alle drei streben ein möglichst hohes Einkommen an; als Gegenleistung stellen die Arbeiter ihre Arbeitskraft und die Kapitalgeber Vermögenswerte zur Verfügung und zwar zur Verfügung des Unternehmers, der sie zusammen mit seiner eigenen Arbeitskraft und seinem eigenen Vermögen unter Übernahme des wirtschaftlichen Risikos zum Zwecke der Erstellung einer wirtschaftlichen Leistung kombiniert. Die Kombinations- und Koordinationstätigkeit des Unternehmers ist der Hauptteil seiner Arbeitsleistung. Der Unternehmer hat also eine eigenartige Doppelstellung; er ist Arbeiter und Kapitalgeber zugleich; aber damit ist er noch nicht ausreichend charakterisiert; was ihn wesentlich von diesen beiden Gruppen unterscheidet, ist die Übernahme des wirtschaftlichen Risikos, die persönliche Haftung, und zwar auch dafür, daß die Kapitalgeber und die Arbeiter ihr Einkommen erhalten, denn sie erhalten es von ihm.

Daraus folgt, daß jeder Erhöhung der Einkommen der Arbeiter und Kapitalgeber unmittelbar das Einkommen des Unternehmers

[1]) Irene Lauer, „Über Partnerschaft in der Wirschaft"

schmälern. Zwischen dem Unternehmer und seinen Kapitalgebern und zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern bestehen also unmittelbare wirtschaftliche Interessengegensätze; nicht dagegen zwischen Kapitalgebern und Arbeitern; der Interessengegensatz zwischen ihnen ist nur ein mittelbarer: geringe Kapitaleinkommen erhöhen die Leistungsfähigkeit des Unternehmers zugunsten der Arbeiter und umgekehrt. Warum dieser Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit gelöst werden sollte, und daß dies nur gesamtwirtschaftlich geschehen kann, darf hier als bekannt vorausgesetzt werden. An dieser Stelle ist es nur wesentlich zu erkennen, daß das Arbeitsverhältnis von einem anderen Interessengegensatz geprägt wird, nämlich dem zwischen Unternehmer und Arbeitern; nur zwischen ihnen besteht das Arbeitsverhältnis.

Dem Arbeitsverhältnis liegt aber nicht nur der Interessengegensatz hinsichtlich des Einkommens — der Gegenleistung — zugrunde; auch hinsichtlich der Leistung selbst, der Arbeitsleistung, besteht ein Interessengegensatz: die Arbeiter haben ein wirtschaftliches Interesse daran, wenig tun zu müssen, während der Unternehmer ein wirtschaftliches Interesse daran hat, daß sie viel tun. Der Unternehmer hat an jedem produktiven Handschlag der Arbeiter ein unmittelbares Interesse, weil er sein Vermögen vermehrt; die Arbeiter haben an der Produktivität ihres Tuns allenfalls ein mittelbares Interesse; sie leisten in das Vermögen des Unternehmers; sie steigern mit einer Produktivitätserhöhung zwar dessen Fähigkeit einen höheren Lohn zu zahlen, aber keineswegs mit Sicherheit auch ihren Lohn.

Das wirtschaftliche Interesse des Unternehmers an einer größeren Produktivität seiner Arbeiter ist also wesentlich stärker als das Interesse der Arbeiter selbst. Was Wunder, daß er sie zu höheren Leistungen drängt und was Wunder, daß sie sich dem zu entziehen suchen? Muß nicht beim Unternehmer eine ständige Unzufriedenheit mit den Leistungen seiner Arbeitnehmer lebendig sein und bei diesen das Gefühl, daß mehr als billig von ihnen verlangt wird? Das wäre doch nur natürlich.

Aber vielleicht ist diese Betrachtung zu einseitig, weil nur auf das Interesse an höheren Einkommen, nicht auch auf das Interesse an der Vermeidung von Verlusten abgestellt wurde. Wer näher mit der marktwirtschaftlichen Ordnung vertraut ist, weiß, daß das tägliche Handeln in ihr wohl weit häufiger durch das Bestreben, Verlusten vorzubeugen, als denn Gewinne zu machen, bestimmt wird; Stillstand bedeutet Rückschritt (Verluste)!

Daß sich das Interesse des Unternehmers an der Produktivität seiner Arbeiter bei der Berücksichtigung seines Bestrebens, Verluste zu vermeiden, nur noch weiter erhöht, ist ganz offensichtlich — der Lohn muß selbst dann gezahlt werden, wenn nichts geleistet wurde.

Aber was können die Arbeiter verlieren, wenn sie nicht genügend leisten? — Ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen. Das sind zwar keine unmittelbaren Vermögensverluste, aber es trifft die Arbeiter ebenso hart. Doch gilt das nur so lange sie keinen anderen Arbeitsplatz finden, der ein ebenso hohes Einkommen mit sich bringt. Das Motiv der Vermeidung von Arbeitslosigkeit, welches als einziges ein unmittelbares Interesse jedes Arbeiters an einer hohen Produktivität seiner Leistung begründet, fällt also bei allgemeiner Vollbeschäftigung weg.

Mit der Sicherstellung einer Dauervollbeschäftigung wird das Arbeitsverhältnis in seiner überkommenen Form funktionsunfähig, weil sich der Wettbewerb unter den Arbeitnehmern um die Arbeitsplätze vermindert und damit deren Interesse an der Produktivität ihrer Leistung sinkt.

Es ist also kein Zufall, wenn in den letzten Jahren, die Deutschland die Vollbeschäftigung brachten, die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft nach allgemeinem Urteil erheblich zugenommen hat. Das ist zweifellos eine volkswirtschaftlich schädliche Nebenwirkung der so wünschenswerten Vollbeschäftigung, denn man kann sich nicht gut auf den Standpunkt stellen, daß vor der Vollbeschäftigung ein übermäßiges Interesse der Arbeiter an ihrer eigenen Produktivität vorhanden gewesen sei, das nun erst auf ein normales und vernünftiges Maß zurückgeführt werde; daß eine solche Beurteilung des Nachlassens des Interesses nicht zutreffend sein kann, zeigen die weiter oben schon angestellten Überlegungen, deren Ergebnis war, daß auch in Zeiten ohne Vollbeschäftigung das Interesse der Unternehmer an der Produktivität der Leistungen ihrer Arbeiter größer war als das der Arbeiter selbst.

Ein solcher Unterschied im Grad des Interesses an der Arbeitsleistung spricht Begriffen wie „betriebliche Leistungsgemeinschaft" und „Mitarbeiter" einfach Hohn. Gewiß sollte das Arbeitsverhältnis so gestaltet sein, daß die Arbeitnehmer zu wahren Mitarbeitern des Unternehmers werden und so eine produktive betriebliche Leistungsgemeinschaft entsteht. Aber die Verwendung dieser Worte, ja selbst guter Wille von beiden Seiten werden nie in der Lage sein,

die gegenläufigen Tendenzen, die von der Grundstruktur des Arbeitsverhältnisses, dem ganz elementaren wirtschaftlichen Interessengegensatz ausgehen, vollständig zu kompensieren. Und wenn schon: wäre es nicht weiser, diese moralischen Kräfte statt auf die Kompensation auf die Beseitigung des Interessengegensatzes zu verwenden?

Die Produktivität der marktwirtschaftlichen Ordnung beruht darauf, daß sie die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer mit dem volkswirtschaftlichen Interesse in Einklang bringt und in Einklang hält. Nur diejenige Ordnung des Arbeitsverhältnisses verspricht die denkbar größte Produktivität, bei der die Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer in Einklang gebracht und gehalten werden. Ein Interessengegensatz bezüglich der zu erbringenden Leistung zwischen Unternehmer und Arbeitern ist betriebswirtschaftlich ebenso sinnlos und nachteilig wie volkswirtschaftlich ein Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Gesamtwirtschaft.

Jeder Marktwirtschaftler weiß, daß die Unternehmer erst von dem Moment an ihre Produktivität erhöhen, von dem an eine marktwirtschaftliche Ordnung dafür sorgt, daß ihnen unmittelbar und wie automatisch die Früchte dieser Anstrengung zukommen. Warum sollte es bei der Arbeiterschaft anders sein? Auch sie wird an der Steigerung der Produktivität des Unternehmens erst dann ein Interesse haben, und sich deshalb aus eigenem Antrieb um sie bemühen, wenn ihr Einkommen ganz unmittelbar vom Wert ihrer Leistung, d. h. vom Ertrag des Unternehmens abhängt und zwar ausschließlich abhängt.

Also: Kein Fixum, nur eine Gewinnbeteiligung für die Arbeiter!

Das Fixum, der feste Lohn bringt den geschilderten Interessengegensatz mit sich. Die Beteiligung an dem Gewinn bewirkt, daß die Arbeiterschaft ebenso wie bisher nur der Unternehmer ein Interesse an einem möglichst großen Gewinn bekommt. Die Arbeiter sind damit an jeder Produktivitätssteigerung unmittelbar interessiert; sie kommt ihnen unmittelbar und wie automatisch zugute.

Die Gewinnbeteiligung geht nicht auf Kosten des Unternehmers, weil sich der Gewinn um die Lohnsumme und um die Produktivitätssteigerung erhöht. Er braucht der Arbeiterschaft keine Beteiligungsquote zuzubilligen, bei der sie im Endeffekt mehr erhält als die sonst von ihm aufzubringende Lohnsumme und ihrem Anteil an

dem durch Produktivitätssteigerung erzielten zusätzlichen Gewinn; die Arbeiterschaft muß sich damit deshalb zufrieden geben, weil sie bei jedem anderen Unternehmer weniger — nämlich nur die Lohnsumme — erhalten würde. Die Höhe der Beteiligungsquote richtet sich also ganz wie die Höhe der Lohnsumme nach der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Kein Arbeiter wird einen Betrieb verlassen, in dem er ein höheres Einkommen erzielt als anderswo, bloß weil er meint, der Gewinnanteil des Unternehmers sei zu groß.

Kein Unternehmer braucht deshalb Sorgen wegen der notwendigen Offenlegung der Bilanzen zwecks Ermittlung des zu verteilenden Gewinnes zu haben. Gewiß, der schöne Zustand, daß die Rentabilität des Unternehmens seine Privatsache ist, hört auf. Er ist ja eine Interessengemeinschaft mit seinen Arbeitern eingegangen, er will ja, daß sie mit ihm zusammen das Ziel verfolgen, das Unternehmen möglichst produktiv zu gestalten —, daß sie mit ihm zusammen einen möglichst großen Gewinn erwirtschaften —, daß sie endlich wirklich seine Mitarbeiter werden und eine lebendige Betriebsgemeinschaft mit ihm bilden.

Der gemeinschaftliche Zweck und das gemeinschaftliche Interesse bewirken den Wegfall der entwürdigenden Notwendigkeit, die Arbeitsleistung durch laufende Kontrollen und Befehle seitens des Unternehmers gegen die Interessen des Arbeiters zu erpressen. Eine Kontrolle, daß sich der einzelne nicht auf Kosten der Gemeinschaft schadlos hält, wird es nach wie vor geben; aber diese Kontrolle wird nicht mehr nur vom Unternehmer ausgehen, sondern von allen Arbeitskollegen und diese Kontrolle ist naturgemäß weit, weit wirksamer! Ja, es kann gar nicht anders sein, als daß die Arbeiterschaft auch ständig mit wachem Blick den Fleiß des Unternehmers beobachtet; denn seine Entscheidungen haben den größten Einfluß auf die Entwicklung des gemeinsamen Gewinnes.

Der Befehlston wird recht bald ganz verschwinden. Wer aus eigenem Interesse das wirtschaftlich Sinnvollste tun möchte, dem braucht nicht b e f o h l e n zu werden, ihm muß nur das Richtige e m p f o h l e n werden. Natürlich wird der Arbeitsleiter den Arbeitsleister von der Richtigkeit seiner Empfehlung hin und wieder erst überzeugen müssen; aber erfahrungsgemäß ist es doch erheblich leichter, jemand von etwas zu überzeugen, das in seinem eigenen Interesse liegt, als von etwas, an dem er kein Interesse hat.

All das zeigt, daß es ein Verhältnis der Über- und Unterordnung im bisherigen Sinne dann nicht mehr gibt, sondern nur noch ein

Verhältnis der Gleichordnung. Das mag dem Unternehmer zunächst als ein Nachteil erscheinen, weil ihm klar ist, daß auch eine solche echte Betriebsgemeinschaft von ihm geleitet und geführt werden muß. Hier gilt es zu erkennen, daß die Über- und Unterordnung im Betrieb, die wirtschaftliche Macht des Unternehmers und die Abhängigkeit der Arbeiter nicht erst durch die Ersetzung des Lohnverhältnisses durch ein Ertragsbeteiligungsverhältnis zu Fall gebracht wird, sondern — auch bei Fortbestehen des Lohnverhältnisses — allein durch die Dauervollbeschäftigung! Das ist es ja eben, was das Lohnverhältnis funktionsunfähig macht: Das Schwinden der Befehlsmacht des Unternehmers wegen des Schwindens der Abhängigkeit der Arbeiter von ihm. Die Dauervollbeschäftigung bewirkt die Gleichordnung, macht das Befehlen und Kontrollieren unmöglich, während die an die Stelle der Befehle tretenden Empfehlungen wegen des im Lohnverhältnis begründeten Interessengegensatzes auf taube Ohren stoßen. Infolge der durch die Vollbeschäftigung bewirkten Gleichordnung bleibt als Mittel der Leitung und Führung der Arbeiterschaft nur die Empfehlung und weil diese nur dann wirksam ist, wenn sie dem Interesse dessen entspricht, dem sie erteilt wird, wird die Betriebsführung durch die Schaffung dieses Interesses mittels einer Ertragsbeteiligung überhaupt erst wieder voll funktionsfähig.

Im folgenden soll nun auf einige Einzelheiten der neuen Ordnung des Arbeitsverhältnisses eingegangen werden, um die praktische Anwendung der entwickelten Grundsätze zu zeigen und das Bild von ihnen anschaulicher werden zu lassen. Da sind zunächst die rechtliche Konstruktion und der Name nur kleine Probleme.

Juristisch betrachtet wäre ein so gestaltetes Rechtsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitern entweder ein patriarchalischer Dienstvertrag oder ein Gesellschaftsvertrag. Die Frage braucht hier nicht entschieden werden; es sei nur angedeutet, daß vieles dafür spricht, daß es sich um ein echtes Gesellschaftsverhältnis handelt und zwar sind dies vor allem der eindeutig gemeinsame Zweck (die gemeinschaftliche Erstellung bestimmter wirtschaftlicher Leistungen zwecks Gewinnerzielung), zu dessen Erreichung sich Unternehmer und Arbeiter gegenseitig zu bestimmten Beiträgen verpflichten (§ 705 BGB) und die Anerkennung der Gleichordnung, also die Abwesenheit eines Abhängigkeitsverhältnisses. Auf jeden Fall handelt es sich dann nur um eine sogenannte Innengesellschaft; d. h., daß die Gesellschaft nach außen gegenüber den Kunden, Lieferanten und Kapitalgebern nicht in Erscheinung tritt, vielmehr

stets nur der Unternehmer aus solchen Rechtsverhältnissen berechtigt und verpflichtet wird. Auch fehlt es an einem gemeinsamen Vermögen; sämtliche zum Betrieb gehörenden Gegenstände bleiben Eigentum des Unternehmers, einschließlich der gemeinsam produzierten Waren. Die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitern sind, wie beim Lohnverhältnis, rein schuldrechtlicher Natur. Der Unternehmer erwirbt, wie bisher, das Eigentum an den produzierenden Gegenständen und die Arbeiter einen schuldrechtlichen Anspruch gegen ihn auf Rechnungslegung und Auszahlung ihres Gewinnanteils. Es ist wie bei einer Stillen Gesellschaft, nur daß der Stille hier nicht Kapital, sondern Arbeit zur Erreichung des gemeinsamen Zwecks beiträgt.

Der Name der neuen Ordnung des Arbeitsverhältnisses könnte als Gegensatz zum „Lohnverhältnis" „Ertragsbeteiligungsverhältnis" oder ähnlich lauten. Damit wird jedoch ein wenig einseitig nur auf die wirtschaftliche Seite des Arbeitsverhältnisses abgestellt, es kommt nicht genügend zum Ausdruck, daß der Arbeiter vom Mietling zum Mitarbeiter wird; er bekommt die Stellung eines Gesellschafters des Unternehmers oder — ich habe das offen gelassen — wenigstens eine gesellschafterähnliche Stellung. Es erscheint mir daher richtig, den Arbeiter als „Partner" und dieses Arbeitsverhältnis als „Partner-" oder „Partnerschaftsverhältnis" zu bezeichnen.

Allerdings werden diese Worte schon von der weitverbreiteten Partnerschaftsbewegung verwendet, die in den vielfältigsten Formen ebenfalls anstrebt, aus dem Arbeiter einen Mitarbeiter, einen Partner zu machen, die aber so weit ich sehe, noch nirgends das Lohnverhältnis angetastet hat. [2]) Statt dieses alte längst baufällige Haus einzureißen, versucht sie, es mit den phantasievollsten Um-, An- und Aufbauten vor dem Einsturz zu bewahren; gewiß nicht aus der bösen Absicht heraus, das Lohnverhältnis zu bewahren; es geht vielmehr darum, das Arbeitsverhältnis wenigstens einigermaßen funktionsfähig zu erhalten und es wird — wie schon gesagt — tatsächlich ebenso wie hier angestrebt, den Arbeiter zum Partner zu machen; es wird nur leider noch nicht gesehen, daß das Lohnverhältnis als Kernbestandteil des Arbeitsverhältnisses, das Hauptübel

[2]) Siehe dazu die grundlegenden und umfassend informierenden Werke R. S. Hartman, „Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit", Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen; G. Fischer, „Partnerschaft im Betrieb", Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg. Hinweisen möchte ich auch noch auf die glänzende Rede, die Ernst Abbe am 28. Januar 1897 „Über Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie" gehalten hat. Sie ist dankenswerterweise in der dtv-Taschenbuchreihe im Band 13 „Deutsche Reden und Rufe" wieder leicht zugänglich gemacht worden.

ist und daß es daher nicht um seine Ergänzung, sondern um seine Ersetzung geht. Die Identität der Intentionen wirtschaftlicher und moralischer Art und die — bei aller Unvollkommenheit der Mittel — bewundernswerten Erfolge in der hier angestrebten Richtung rechtfertigen meines Erachtens ebenso wie der Wunsch und die Hoffnung, daß gerade die experimentierfreudige Partnerschaftsbewegung die hier vorgeschlagene Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aufgrund ihrer reichen Erfahrungen prüfen möge, die Verwendung der Worte „Partner" und „Partnerschaft".

Warum hat man an dem Lohnverhältnis als Kernbestandteil des Arbeitsverhältnisses bisher festgehalten? Neben der Macht der Gewohnheit war es wohl vor allem die Meinung, anders dem Arbeiter keine genügende Sicherheit bieten zu können. Eine genauere Betrachtung der hier vorgeschlagenen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses im Zeitablauf seiner Wirksamkeit zeigt, daß diese Befürchtung unbegründet ist. Die Macht der Tatsachen wirkt hier wie überall in einer richtig geordneten freien Wirtschaft selbstregulierend. Kurz gesagt: Bei rückläufigen Gewinnen wird sich der Unternehmer genötigt sehen, die Beteiligungsquote der Arbeiterschaft am Gewinn zu ihren Gunsten zu ändern, weil die Arbeiter anderenfalls zu anderen Unternehmern abwandern werden. Die Beteiligungsquote der Arbeiterschaft wird also elastisch der Gewinnentwicklung angepaßt werden, um ihre Auswirkungen auf die absolute Höhe der Einkommen der Arbeiterschaft zu kompensieren oder — besser gesagt — zu dämpfen. Die Gewinnschwankungen und damit das Risiko des Unternehmens werden also nach wie vor im wesentlichen den Unternehmer treffen und zwar einfach deshalb, weil er sich dem Schicksal des Unternehmens nicht entziehen kann, während es die Arbeiter können.

Nun wird sicher mancher am Sinn der ganzen Einrichtung heftig zweifeln: Wieso erst Abhängigkeit der Arbeitereinkommen vom Gewinn und dann Dämpfung des Einflusses der Gewinnschwankungen auf die Arbeitereinkommen? Hier muß daran erinnert werden, daß es der Zweck der Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft ist, sie an Produktivitätssteigerungen zu interessieren; es ist nicht ihr Zweck, die Arbeitereinkommen den Schwankungen des Marktes für das Produkt des Unternehmens zu unterwerfen, woran die Arbeiter kein Interesse haben können. Der erste Zweck wird bereits dann erreicht, wenn zu Beginn einer Arbeits- und Abrechnungsperiode (Jahr, Halbjahr, Quartal) die Beteiligungsquote der Arbeiterschaft am Gewinn dieser Periode festgelegt wurde. Infolge der Festlegung

kommt jede Produktivitätssteigerung der Arbeiterschaft zugute. Ebenso aber wird ihr Einkommen von den Marktschwankungen während dieser Periode berührt. Je kürzer die Periode ist, um so exakter läßt sich jedoch die Marktentwicklung voraussehen und bei der Vorausschätzung des Gewinns der Periode berücksichtigen.

Grundlage für die Quotenfestsetzung ist stets die vorausgeschätzte Höhe des Gewinnes. Wird mit einem hohen Gesamtgewinn gerechnet, wird es dem Unternehmer möglich, für sich eine hohe Quote zu erreichen, weil die Arbeiter anderswo auch nicht mehr verdienen könnten. Wird mit einer Verringerung des Gewinnes gerechnet, wird sich der Unternehmer mit einer Änderung der Quote zugunsten der Arbeiterschaft einverstanden erklären müssen, damit sie nicht zu anderen Unternehmen abwandert.

Man glaube nun aber nicht, daß sich auf eben diesem Wege die während einer Arbeitsperiode durch Produktivitätssteigerung erzielten Gewinnerhöhungen in den nächsten Perioden in den Gewinnanteil des Unternehmers verschieben ließen; zu einer andauernd höheren Leistung ist jeder nur bei andauernd höherem Einkommen bereit. Jeder Versuch eines Unternehmers in dieser Richtung würde also von vornherein am Widerstand der Arbeiterschaft scheitern, die einfach beginnen würde, abzuwandern. Es kann also damit gerechnet werden, daß diejenigen Gewinnerhöhungen, welche auf Produktivitätssteigerungen beruhen, der Arbeiterschaft zugute kommen und erhalten bleiben, während sie von den durch die Marktlage bedingten Schwankungen des Gesamtgewinnes verschont bleibt und zwar umso besser, je kürzer die Periode und je exakter die Methode der Gewinnvorausschätzung ist.

Hierzu noch zwei Ergänzungen: Erstens gibt es Jahre, in denen der Unternehmer bei Bestehen des Lohnverhältnisses einen Verlust tragen müßte. — Es ist klar, daß der Unternehmer in solchen Perioden die Arbeiter auch nicht dadurch zufrieden stellen kann, daß er ihnen den gesamten Gewinn zur Verfügung stellt, denn dieser wäre immer noch geringer als das, was die Arbeiterschaft anderwärts verdienen könnte (genau so groß ist er nur, wenn der Unternehmer bei Lohnverhältnis weder Gewinn noch Verlust hätte). Der Unternehmer wird in solchen Fällen der Arbeiterschaft außer dem Gesamtgewinn der Periode auch noch einen bestimmten Geldbetrag versprechen müssen; in Höhe dieses Betrages hat er dann einen Verlust. Den Arbeitern kommen auch in solchen Perioden die Produktivitätssteigerungen voll zugute. — Als zweite Ergänzung sei noch erwähnt, daß es nun einmal Zufälle und unvorhersehbare Entwicklungen gibt, wie z. B. große Betriebsunfälle, Behinderung

des Exports durch Regierungsmaßnahmen, Aufwertungen und sonstige typische Unternehmerrisiken, die den Gesamtgewinn schmälern können. In der Regel sind derartige Ereignisse klar faßbar und ihre Auswirkungen quantifizierbar, so daß es möglich ist, in den Partnerschaftsvertrag eine Klausel aufzunehmen, daß derartige Verluste allein zu Lasten des Unternehmers gehen. Eine konzilliante Regelung in diesem Sinne wird der Unternehmer bei Eintritt eines solchen Ereignisses stets treffen, um eine Verärgerung der Arbeiterschaft, die zum größten Teil sehr leicht abwandern kann, zu vermeiden; der Unternehmer wird dies selbst dann tun, wenn es an einer entsprechenden Klausel im Vertrag fehlt.

Es versteht sich von selbst, daß die der Gewinnermittlung dienende Bilanz den tatsächlich erwirtschafteten Gewinn ausweisen muß, in ihr also keine stillen Reserven verborgen werden dürfen. Daß das möglich ist, beweist eine nunmehr dreißigjährige Praxis im amerikanischen Aktienrecht[3]). Zur Bilanzprüfung können sowohl unabhängige Wirtschaftsprüfer als auch Gewerkschaften von der Arbeiterschaft herangezogen werden, je nach Vereinbarung im Partnerschaftsvertrag.

Bei der Partnerschaft ist die Höhe des Gewinnes für das Einkommen des Partners (Mitarbeiters) entscheidend und zwar des ausgewiesenen Gewinnes, weil der Partner — im Gegensatz zum Unternehmer oder zu Aktionären — nicht an der Substanz des Unternehmens beteiligt ist. Der Aktionär kann sich damit trösten, daß der nichtausgewiesene und nicht ausgeschüttete Gewinn ihm in Form von Wertsteigerungen des Unternehmens und der Aktien zugute kommt — der Partner kann das nicht.

Die Verteilung des Gewinnanteils der Arbeiterschaft unter den Arbeitern wird zweckmäßigerweise nach einem Punktsystem erfolgen; der Wert der Arbeitsleistung jedes Arbeiters wird in einer bestimmten Punktzahl ausgedrückt. Die Summe der Arbeitseinkommen wird dann durch die Summe der Punkte dividiert, um die Höhe des auf den einzelnen Punkt entfallenden Gewinnes zu ermitteln. Der Arbeiter erhält dann eins seiner Punktzahl entsprechendes Vielfaches dieses Betrages.

Ein solches Punktsystem empfiehlt sich vor allem deshalb, weil die Punktzahl im Gegensatz zu einer festen Quote bei einer Änderung der Zahl der Arbeiter nicht ebenfalls geändert zu werden

[3]) vgl. Kronstein-Klaussen, Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht. Verlag V. Klostermann, Frankfurt am Main.

braucht. Das ist zweckmäßig, weil sich auch das Einkommen der bisherigen Arbeiter durch Neueinstellung nicht absolut vermindert, da die neuen Arbeiter durch ihre Leistungen den Gesamtgewinn und den Betrag ihres eigenen Einkommens erhöhen.

Das mag im ersten Moment kompliziert erscheinen. Wer sich ein Zahlenbeispiel bildet, wird sich jedoch leicht davon überzeugen können, daß es keinem Arbeiter unmöglich sein wird zu begreifen, wie sein Einkommen sich errechnet, zumal der Wert des einzelnen Punktes für alle stets gleich ist, also vom Betrieb errechnet und vom Wirtschaftsprüfer geprüft wird.

Über die Höhe seiner Punktzahl wird sich der Arbeiter mit seinen Kollegen verständigen müssen; ihr Einkommen wird durch sein Einkommen geschmälert, nicht das des Unternehmers. Mit dem Unternehmer wird nur vereinbart, welcher Teil des Gesamtgewinnes ihm — und welcher der Arbeiterschaft zufällt. Das Verhältnis der Punktzahl der einzelnen Arbeiter zueinander bringt die gegenseitige Wertschätzung ihrer Arbeitsleistung zum Ausdruck. Einem fähigen und fleißigen Arbeiter werden die Kollegen, um ihn im Betrieb zu halten, eine hohe Punktzahl zubilligen, — einem zwar ordentlich, aber langsam arbeitenden eine niedrigere. Wem wegen geringerer Leistungen nur eine niedrige Punktzahl zugestanden wurde, wird sich damit früher oder später zufrieden geben, weil die Kollegen sich in ihren Leistungsanforderungen an ihn stets an der Punktzahl orientieren werden; wem sie eine hohe Punktzahl zubilligen, von dem verlangen sie dann auch entsprechend hohe Leistungen. Wer eine zu hohe Punktzahl hat, wird seine Kollegen nie zufriedenstellen, d. h. ständig mit ihnen in Unfrieden leben. Wesentlich ist, daß auch derjenige, der glaubt, eine zu niedrige Punktzahl zu haben, das Interesse an einem möglichst großen Betriebsgewinn behält. Die Interessengegensätze beziehen sich also nur auf das Einkommen, nicht auf die Arbeitsleistung.

Daß die Arbeiterschaft die Entscheidungen des Unternehmers in einem Partnerschaftsunternehmen mit lebhaftem Interesse verfolgen wird, wurde schon einmal angedeutet. Sicher wird sie alle Entscheidungen lebhaft mit ihm diskutieren, aber sie wird ihm das Entscheidungsrecht nicht streitig machen, denn es liegt in ihrem eigenen Interesse, daß der Klügste entscheide und kein Arbeiter wird mit einem Unternehmer ein Partnerschaftsverhältnis eingehen, in dessen Fähigkeiten er kein Vertrauen hat. Diese grundsätzliche Lage schließt jedoch nicht aus, daß der Unternehmer umso mehr Rücksicht auf die Vorstellungen und Wünsche der Arbeiter

zu nehmen hat, je stärker seine Entscheidungen ihre persönlichen Interessen berühren; das ist beim Lohnverhältnis gar nicht anders. Wo es um die Arbeitsplatzgestaltung, die Zusammenstellung von Arbeitergruppen und ähnliches geht, werden die Arbeiter jeweils ihre ganze wirtschaftliche Machtstellung im Betrieb in die Waagschale werfen, um eine ihren Vorstellungen entsprechende Entscheidung zu erreichen, wo es um die Frage geht, ob neue Investitionen gemacht und Kredite aufgenommen werden sollen, wird das Interesse der Arbeiter sehr gering sein, weil es nicht sie, sondern das Vermögen des Unternehmers betrifft.

Abschließend sei noch der praktische Vorteil erwähnt, daß nicht alle Arbeitnehmer in das Partnerschaftsverhältnis aufgenommen zu werden brauchen. Diejenigen, die nicht mitmachen möchten, können ebenso wie Neueingestellte, im Lohnverhältnis bleiben.

Ausfeilen konnte ich diese Gedankenskizze aus Zeitmangel in dem wünschenswerten Maße vorerst leider nicht; ich hoffe aber sehr, daß von der nun gegebenen Basis aus einige Freunde an diesen Fragen weiterarbeiten werden[4]). Es geht schließlich um nicht weniger als die Überwindung des Warencharakters der Arbeitskraft!

Eckhard Behrens

[4]) Zuschriften erbeten an „FRAGEN DER FREIHEIT", Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60

Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur)*

12. Tagung

Die diesjährige Sommertagung findet

vom 2. *bis* 10. *August 1962*

in der Bauernschule

in Herrsching am Ammersee

statt.

Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem

Bitte halten Sie die Tage vom 2. bis 10. August 1962 für den Besuch der Tagung frei und machen Sie auch Ihre Freunde darauf aufmerksam. Programme stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung

*) Sitz: 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60

Der West-Ost-Gegensatz hat im vergangenen Jahre eine derartige Verschärfung erfahren, daß jede Nachricht über einen neuen Schachzug Chruschtschows oder Kennedys die Welt bis in ihre letzten Winkel in Erregung versetzt. Damit sind die schlimmsten Befürchtungen über die Auswirkungen der Moskauer Tagung der kommunistischen Parteien vom November 1960 übertroffen worden. Nach dem Bekanntwerden der November-Deklaration von 1960 glaubten allzu viele gutwillige Menschen im Westen, die scharfe Sprache dieser Deklaration sei lediglich ein Zugeständnis Moskaus an die noch militanteren Chinesen; in der Sache selbst werde sich aber nicht viel ändern. Insbesondere das Wort von der „friedlichen Koexistenz" hat viele Menschen dazu verleitet, sich selbst etwas vorzumachen. „Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Die friedliche Koexistenz setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklassen und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus." Wiewohl mit diesen Sätzen bereits die ‚Koexistenz bis aufs Messer' völlig unzweideutig ausgesprochen war, ist doch sehr vielen Menschen erst durch die bitteren Erfahrungen des vergangenen Jahres der tödliche Ernst der Lage, in der wir uns befinden, zum Bewußtsein gekommen. Und so fangen viele Menschen denn auch erst jetzt wieder an, sich Gedanken darüber zu machen, was dieser Kommunismus seinem eigentlichen Wesen nach überhaupt ist. Und es stellt sich dabei heraus – und dies wird durch die Erfahrungen unserer Dozenten an Universitäten und Volkshochschulen bestätigt – daß die wenigsten Zeitgenossen sich ein hinreichendes Bild von dem eigentlichen Kern dessen, was der Kommunismus ist, machen. Und es stellt sich überdies heraus, daß die kommunistische Ideologie für sehr viele Intellektuelle eine außerordentliche Faszinationskraft besitzt. Hinzu kommt dann noch ein Gefühl großer Hilflosigkeit angesichts der außerordentlichen Kompliziertheit der Zusammenhänge in dem modernen sozialen Organismus – und schon befinden sich zahllose Menschen in einer seelischen Verfassung, die man nur als „kapitulationsreif" bezeichnen kann.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß dem Kommunismus ein Impuls von ganz außerordentlicher Kraft immer wieder aufs neue aus den ungeordneten, sozial unbefriedigenden „Produktionsverhältnissen" der westlichen, kapitalistischen Welt erwächst. Und es besteht auch kein Zweifel darüber, daß je und je die „Interessenten" in aller Welt eine „Interessentenideologie" aufbauen und in den Dienst ihrer jeweiligen Sonderinteressen stellen; und daß auch die von der Fehlerhaftigkeit des kapitalistischen Systems profitierenden Menschen aus dem gleichen Grunde Meinungen zu verbreiten und Einflüsse geltend zu machen versuchen, die ihren Vorteilen dienen, eine Verbesserung des Systems aber verhindern. Und insofern besteht denn auch kein Zweifel darüber, daß von den Nutznießern der jeweiligen Produktionsverfassungen bestimmte „Ideologien" als „Überbau" erfunden und verbreitet werden. Es besteht aber auch kein Zweifel darüber, daß alles das, was in dieser Hinsicht von den „Kapitalisten" gilt, in erhöhtem Maße auch für den Kommunismus zutrifft. Darüber hinaus jedoch besteht ebenfalls keinerlei Zweifel darüber, daß der Kommunismus das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, die kapitalistische „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" durch die Vernichtung der Seele des Menschen und die rücksichtsloseste Unterdrückung der Freiheit des Geistes und die radikalste Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft obendrein ersetzt hat. Im Kapitalismus sind zwar, gewissermaßen naturhaft, durch Zins und Bodenrente und Monopolstellungen Ausbeutungszustände entstanden, die das Sozial- und Gerechtigkeitsempfinden der Menschen nicht

hinnehmen können – im kommunistischen System aber sind voll bewußt und planmäßig die Menschen durch Dialektik und Materialismus von der Urquelle ihrer Existenz, vom Geiste, von Gott, abgeschnitten worden, von der Nichtachtung der menschlichen Person in jeder anderen Hinsicht ganz abgesehen. Damit zerstört der Kommunismus aber auf die Dauer jedwede Grundlage menschlichen Lebens auf der Erde überhaupt. Es kann daher ihm gegenüber schlechterdings keine „Neutralität" geben. Er ist, im Sinne der Homer'schen Odyssee, das größere Übel der „Charybdis", dem der Mensch nur durch das Ausweichen nach der Seite des kleineren Übels der „Skylla" entgehen kann. Genau das ist unsere heutige Situation.

Diese anti-menschliche Weltmacht des Kommunismus ist nicht zu überwinden mit Chromfassaden, Kühlschränken, Superautos und anderen Zivilisationsreminiszenzen. Sie ist einzig und allein durch Pflege und Steigerung der menschlichen Geistes- und Gemütskräfte in Schach zu halten und durch Ordnung aller menschlichen Beziehungen durch den Menschen, vom Geiste, von der Erkenntnis der Wirklichkeit her.

Angesichts des herrschenden Subjektivismus und Relativismus und der daraus entspringenden Zersplitterung der Vorstellungen und Meinungen des „Pluralismus" in der Gesellschaft sieht das „Seminar für freiheitliche Ordnung" seine Aufgabe darin, eine ganzheitliche Konzeption der Sozialen Ordnung zu pflegen.

Auf der diesjährigen Sommertagung soll die soziale Idee einer universalistischen Persönlichkeit des christlichen Mittelalters die Ausgangsbasis der Arbeit bilden, nämlich: „die Idee der Gerechtigkeit" des Thomas von Aquin. In Thomas vollzieht sich in monumentaler Größe auf dem Boden des kelto-germanischen Volkstums die Synthese des Griechentums mit dem Christentum, aristotelischer Logik mit dem religiösen Offenbarungswissen. Bei Thomas ist noch alles vereint, was sich danach infolge übereifrigen analytischen Scharfsinns bei ausschließlichem Blick auf die äußere Welt voneinander getrennt hat. Bei Thomas von Aquin sind wir auf festem Boden. Von hier aus wollen wir unsere modernen Probleme untersuchen. Als „Seminar für freiheitliche Ordnung" beschäftigen uns dabei natürlich vor allem die Grundstrukturen des Sozialen Lebens:

a) das Verhältnis der einzelnen Menschen zueinander,

b) das Verhältnis des Sozialen Ganzen zu den einzelnen Gliedern,

c) das Verhältnis der einzelnen Glieder zu dem Sozialen Ganzen.

Um das Problem klarer zu fassen, darf es vielleicht einmal in folgende Fragen gekleidet werden:

a) was schulde ich, als Einzelner, dem je anderen Einzelnen, mit dem ich es aus irgend einem Grunde jeweils zu tun habe?

b) was schuldet das Soziale Ganze (die Gemeinschaft, der Rechtsstaat, das Gemeinwesen) mir, dem Einzelnen, bzw. jedem Einzelnen?

c) was schuldet der Einzelne dem Gemeinwesen?

Und es ergeben sich nun etwa diese interessanten Antworten:

a) Im Falle des Verhältnisses des Einzelnen zu den anderen Einzelnen schulde ich dem jeweils anderen die jeweilige Gegenleistung zu dessen Leistung

mir gegenüber. Im Falle eines Kaufes schulde ich den gerechten Preis, die gerechte Bezahlung: Im Falle der Zufügung eines Schadens schulde ich die Wiedergutmachung. Im Falle der Zufügung eines Unrechts schulde ich die Wiederherstellung des Rechtszustandes durch entsprechende Sühneleistung. Hier also befinden wir uns im Bereiche des – im umfassenden Sinne gemeinten – Vertragslebens. Vertragen aber bedeutet „ausgleichen", „wiederherstellen", den anderen (und seine Autonomie) „achten" „die *schuldige Ehre erweisen*", den „*gebührenden Dank sagen*" *dem Anderen* das „Seine" zuerkennen. Im Verhältnis der einzelnen Menschen zueinander muß also „Gegenseitigkeit" herrschen, „ausgleichende Gerechtigkeit", „Tauschgerechtigkeit".

b) Im Falle des Verhältnisses des Sozialen Ganzen zu den Einzelnen, das man auch bezeichnen könnte als das Verhältnis derer, die Macht haben, zu denen, die dieser Macht anvertraut sind oder gar ausgeliefert; bei diesem Verhältnis also schuldet der jeweilige Repräsentant des Ganzen dem Einzelnen das, was diesem rechtens „zusteht"; schuldet er ihm die Anerkennung aller Rechte der Einzelperson, jener „unveräußerlichen" „Natur"-Rechte, die v o r jeder Verfassung dem Einzelnen ganz einfach mit seinem Dasein gegeben sind. Hier ist der Einzelne der Berechtigte, und der Repräsentant des Ganzen, der die Macht besitzt, der Verpflichtete. Hieraus erhellt der Sinn der Macht, der allein darin bestehen kann, daß die Gerechtigkeit verwirklicht wird. Und da alle Einzelnen als gleich Berechtigte nebeneinander und dem Gemeinwesen gegenüber stehen, heißt das zugleich, daß unter den Einzelnen in ihrem Verhältnis zum Ganzen das Prinzip der „Gleichheit" verwirklicht sein muß.

Freilich: wo der Repräsentant des Ganzen, der „Herrscher", die ihm zwecks Verwirklichung der Gerechtigkeit rechtens zustehende Macht mißbraucht zu *irgendwelchen Zwecken, die der Gerechtigkeit entgegenstehen*, da zerfallen alle Ordnungen. Daher die Berechtigung des Rufes nach der „Teilung der Gewalten", nach der Kontrolle der einen Gewalt durch die anderen Gewalten.

Wie kann aber nun der „Repräsentant des Gemeinwesens", der sich im *Besitze der Macht oder eines Teiles der Macht befindet, wissen, was* er dem Gemeinwohl schuldet und – mehr noch – was er dem Einzelnen schuldet? Es ist dies die Frage nach der Weisheit der Regierenden. Sie zeigt, daß die Gerechtigkeit in der Wahrheit gründet; daß die „Tugend der Klugheit" geübt werden muß von den Herrschenden, wenn Gerechtigkeit durch die Macht verwirklicht werden soll. Wie aber gelangen wir zu dieser Klugheit der Herrschenden? „Klugheit meint die Sachlichkeit dessen, der sich von der Realität, von der Einsicht in den Sachverhalt bestimmen läßt." Klugheit heißt, mit dem gemeinen ego, mit dem „Selbst" vollkommen in den Hintergrund treten; heißt Selbstbeherrschung, damit das Gemeinwohl selbstlos ins Auge gefaßt werden kann und die Würde des Einzelnen ebenso selbstlos respektiert werden kann. Damit aber ist die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Regierungsformen, in Sonderheit der modernen Parteiendemokratie gestellt. Kann von den einzelnen Parteimitgliedern, die irgendwo an der Regierungsverantwortung mittragen, kann von Interessenten, kann von „Parteien" überhaupt erwartet werden, daß sie ihre Sonderinteressen zugunsten der Verfolgung des Allgemeinwohls zurückstellen? Heißt das nicht den zwangsläufig *interessegebundenen einzelnen* Parteimann schlechthin überfordern? So wird uns also auch die Frage nach

der „Tugend der Klugheit" in unserem Seminar ganz besonders beschäftigen müssen.

c) Im Falle des Verhältnisses des Einzelnen zum Ganzen ist das „Schuld"-Verhältnis ein völlig anderes als im Verhältnis des Ganzen zum Einzelnen. Nicht nur, daß der Einzelne hier dem Ganzen Anerkennung und Achtung schuldet und die für das Gedeihen des Ganzen erforderlichen Leistungen, der Einzelne schuldet hier dem Ganzen auch letztlich den Einsatz seiner besten Kräfte. „Das Gemeinwohl bedarf des Gutseins der Einzelnen". Das heißt aber: der Einzelne schuldet dem Gemeinwesen, daß er sich in seinen Beziehungen zu ihm menschlich, klug, wahrhaftig, daß er sich als „Person" verhalte. So steht der Einzelne als Vermittler zwischen Wahrheit und Gerechtigkeit, genauer: zwischen immer neu in die Erde und in die menschlichen Verhältnisse hineinwirkendem Geist und gewordenem und weiter zu entwickelndem, auf Wahrheit und Recht zu gründendem Gemeinwesen. Es ist die Sphäre des kulturellen Lebens im weitesten Sinne, der Erkenntnis des Wahren, des Rechten, des Guten und Bösen, die hier angesprochen wird. Das aber ist die Sphäre, in der F r e i h e i t herrschen muß, denn nur in Freiheit kann das Wahre erkannt werden, wie andererseits nur die Wahrheit und das Handeln aus ihrer Erkenntnis den Menschen frei macht.

Von diesen drei Grundverhältnissen und den ihnen zugeordneten Gestalten der Gerechtigkeit im Sinne Thomas von Aquins wollen wir also auf unserer kommenden Tagung ausgehen. In den Beziehungen der Einzelnen zueinander (ordo partium ad partes) muß die „ausgleichende" oder „Tauschgerechtigkeit" (justitia commutativa) herrschen. In den Beziehungen des Sozialen Ganzen zu den Einzelnen (ordo totius ad partes) die „zuteilende Gerechtigkeit" (justitia distributiva). In den Beziehungen der Einzelnen zum Sozialen Ganzen (ordo partium ad totum) die „gesetzliche" oder auch „allgemeine Gerechtigkeit" (justitia legalis, justitia generalis). Und wenn wir nun diese Beziehungs- bzw. Ordnungsbereiche unter einen gewissermaßen zeitgemäßen Aspekt stellen, so ergibt sich eine grundlegende Übereinstimmung der drei Rechtsbeziehungsbereiche des Thomas von Aquin mit den drei Sphären des menschlichen Zusammenlebens – der Wirtschaft, des Rechtsstaates, des Kulturlebens. Denn insofern wir von einer Funktionsfähigkeit der freiheitlichen Ordnung sprechen, meinen wir ja in jedem Falle ausschließlich die Ordnung der menschlichen Beziehungen in diesen drei Teilbereichen der Wirtschaft, des Staates und der Kultur. Wo immer aber von Ordnung in diesem Sinne gesprochen wird, ist natürlich Rechtsordnung gemeint. Nur da besteht Ordnung, wo Gerechtigkeit herrscht. Wie sehr die soziologischen Erkenntnisse zur Konvergenz hintendieren, erweist die Tatsache, daß der von der Neoliberalen Schule verwendete Zentralbegriff des O r d o schon von Thomas von Aquin im gleichen Sinne angewendet worden ist. Das „Denken in Ordnungen" ist geradezu die soziologische Arbeitsmethode Walter Euckens.

Natürlich: es gibt nicht nur Beziehungen der Einzelnen zueinander im Bereiche der Wirtschaft, sondern auch in den beiden anderen Teilbereichen. Aber es besteht auch kein Zweifel darüber, daß es vornehmlich im Bereiche des Wirtschaftslebens ist, in dem die Herbeiführung der „Tauschgerechtigkeit" ein Problem ersten Ranges und von höchster Aktualität ist. Und es gibt nicht nur eine Beziehung des Gemeinwesens zum Einzelnen im Bereiche des Rechtsstaates, sondern auch in den beiden anderen Teilbereichen. Aber es besteht auch hier kein Zweifel, daß es vornehmlich im Bereiche des Staates ist, in dem die Etablierung des Prinzips der „Gleichheit" aller Einzelnen vor

dem Gesetz und damit der „zuteilenden Gerechtigkeit" ein Problem ist. Und schließlich gibt es gewiß nicht nur im Bereiche des geistig-kulturellen Lebens die Beziehung des Einzelnen zum Sozialen Ganzen. Insofern aber der Einzelne erst dank seiner Personhaftigkeit dem Gemeinwesen das diesem Geschuldete leisten kann, ist es vornehmlich der Teilbereich „Kultur", in dem die „allgemeine Gerechtigkeit", in dem das Prinzip der „Freiheit" herrschen muß.

So können wir also zusammenfassend feststellen: es müssen herrschen:

a) im Wirtschaftsleben die Tauschgerechtigkeit,
b) im Rechtsstaat die „zuteilende Gerechtigkeit", deren Maßstab die „Gleichheit" ist,
c) im Geistesleben die „allgemeine Gerechtigkeit", deren Grundlage die „Freiheit" ist.

Wir glauben, mit dieser Bezugnahme auf die „Drei Gerechtigkeiten", wie sie von Thomas von Aquin erkannt worden sind und wie sie die Grundlage schlechthin aller europäischen Ordnungsvorstellungen werden sollten, den zentralen Ausgangspunkt für eine zugleich umfassende wie allgemein-verbindende Behandlung unseres Themas „Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem" gefunden zu haben. In diesem Sinne laden wir alle Freunde zu unserer Sommertagung 1962 in Herrsching am Ammersee ein.

Seminar für freiheitliche Ordnung

PROGRAMM

Donnerstag 2. 8. 62	20 Uhr	Eröffnung *Dr. Lothar Vogel, Ulm:* **„Gerechtigkeit und Wahrheit"** (Naturrecht und ‚Recht' im kommunistischen System)
Freitag 3. 8. 62	9 - 12.30 Uhr	*Diether Vogel, Bad Kreuznach:* **„Die Idee der Gerechtigkeit des Thomas von Aquin"**
	15.30 - 17.30 Uhr	*H. Bauer, Ulm und Dr. H. H. Vogel, Heidenheim:* **„Collegium logicum"** (Erkenntnistheorie) Aussprache
	20 Uhr	Aussprache Fortsetzung (evtl. Vortrag)
Samstag 4. 8. 62	9 - 10 Uhr	„Collegium logicum"
	10.15 - 12.30 Uhr	*Irene Lauer, Nürnberg:* **„Die freiheitliche Wirtschaftsordnung und das kommunistische Planwirtschaftssystem"** anschließend Seminar

	15.30 - 17.30 Uhr	Seminar (Fortsetzung)
	20 Uhr	*Werner Schmid, Zürich:* **„Gerechtigkeit und Freiheit"**
Sonntag	9 - 10 Uhr	„Collegium logicum"
5. 8. 62	10.15 - 12.30 Uhr	*Fritz Penserot, Kirn:* **„Die Gerechtigkeit in der arbeitsteiligen Wirtschaft und ihr kollektivistisches Gegenbild"** (Die „Tauschgerechtigkeit")
		anschließend Seminar
	15.30 - 17.30 Uhr	Seminar (Fortsetzung)
	20 Uhr	. . .
Montag	9 - 10 Uhr	„Collegium logicum"
6. 8. 62	10.15 - 12.30 Uhr	*Irene Lauer, Nürnberg:* **„Die Problematik der Wechselkurse"**
		anschließend Seminar
	15.30 - 17.30 Uhr	Seminar (Fortsetzung)
	20 Uhr	. . . **„Über die Notwendigkeit des sozialpolitischen Unterrichts in Schule und Erwachsenenbildung"**
Dienstag	9 - 10 Uhr	„Collegium logicum"
7. 8. 62	10.15 - 12.30 Uhr	. . . **„Die Gerechtigkeit als Ordnungsprinzip in Staat und Gesellschaft"** (Die „zuteilende Gerechtigkeit")
		anschließend Seminar
	15.30 - 17.30 Uhr	*Bernhard Weismann, Tübingen:* **„Montesquieu und die Gewaltenteilung"** anschließend Seminar
	20 Uhr	*Andreas Papendieck, München:* **„Gesetze sollen herrschen, nicht Menschen"** (Aristoteles)
Mittwoch	9 - 10 Uhr	„Collegium logicum"
8. 8. 62	10.15 - 12.30 Uhr	*Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim:* **„Die Verwirklichung des Gerechtigkeitsprinzips im kulturellen Bereich"** (Die „legale Gerechtigkeit")
		anschließend Seminar
	15.30 - 17.30 Uhr	Seminar (Fortsetzung)
	20 Uhr	*Friedrich Salzmann, Bern:* **„Bürger für die Gesetze"**

Donnerstag 9. 8. 62	9-10.30 Uhr	*Eckhard Behrens, Frankfurt/M.:* **„Die Interdependenz der ‚Drei Gerechtigkeiten'"** (Kultur-, Staats- und Wirtschaftsordnung)
	11-18.30 Uhr	Wanderung
	20 Uhr	*Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim:* **„Die Lehr- und Lernfreiheit im Grundgesetz der Bundesrepublik"**
Freitag 10. 8. 62	9 Uhr	Abschlußvortrag *Dr. Lothar Vogel, Ulm:* **„Die Idee des Abendlandes"**
	11 Uhr	Schlußbesprechung

Frau Edith Eucken-Erdsiek, Freiburg im Breisgau, hat der 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung freundlicherweise ein Referat durch einen Mitarbeiter des **Eucken-Instituts** über **„Das Lebenswerk Walter Euckens"** zugesagt.
Der Termin des Vortrages wird im Juli-Heft der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" bekanntgegeben.

Abreise nach dem Mittagessen
(Änderungen vorbehalten)

Ort der Tagung: Herrsching am Ammersee in der Bauernschule
Tagungsbüro ab Donnerstag, 2. August, 14 Uhr

Anreise über Augsburg oder München.

Unterbringung: in der Bauernschule zu günstigen Preisen
Zeltplätze mit Kochgelegenheit sind vorhanden.
Darüber hinaus **weitere Schlafgelegenheiten** (gratis) in Gemeinschaftszeiten des Seminars. (Dann möglichst Luftmatratze, Schlafsack und Decken mitbringen)

Verpflegung: Die Mahlzeiten können preiswert in der Bauernschule *eingenommen werden. Es ist jedoch auch ganze* oder teilweise Selbstbeköstigung möglich.

Tagungsbeitrag: Der Kursbetrag beträgt für Erwachsene 14,— DM, Zuschüsse und Reisekostenausgleich sind in Bedarfsfällen möglich.

Wanderungen in die schöne Umgebung der Ammersees sind vorgesehen.

Auskünfte und Anmeldungen – wegen des großen Andranges während der Hauptreisezeit – möglichst rechtzeitig (bis spätestens 30. Juni 1962) erbeten an **Seminar für freiheitliche Ordnung**, 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 60, Telefon: 0671/7465.

Falls Ihnen selbst der Besuch der Tagung nicht möglich ist, machen Sie bitte Ihre Freunde darauf aufmerksam bzw. geben Sie das Programm weiter!

Der schwarze Dienstag

Ein sehr aktueller Brief

30. Mai 1962

An die
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurt a/M

Betr.: Kurssturz an den Weltbörsen – Was nun?

Sehr geehrte Herren!

Erlauben Sie mir bitte, im Anschluß an den früheren Briefwechsel, einige Zeilen zur neuesten Konjunkturlage. Der Zusammenbruch der Aktienkurse gibt Veranlassung, die eigenen Ansichten über die Ursachen von Vollbeschäftigung und Wirtschaftskrise und die sich daraus ergebenden Vorschläge zur Erhaltung der Konjunktur bei gleichzeitiger Erhaltung der Geldwertstabilität neu zu überdenken. Zugleich wird man nicht umhin können, Äußerungen bedeutender Zeitgenossen zur Konjunkturfrage kritischer zu beleuchten, als es in ruhigeren Zeiten vielleicht der Fall gewesen wäre. Und man wird dabei auch nicht vermeiden können, einiges von dem, was noch gestern als maßgebliche Stellungnahme angesehen worden ist, als allenfalls noch von historischer Bedeutung zu bezeichnen. Angesichts der Gefahr, in der wir — der gesamte „Westen" — uns befinden, ist es indessen völlig müßig, sich damit aufzuhalten und Ressentiments zu schaffen. Was also ist geschehen, und was ist nun zu tun?

Das Weltaktienkursniveau ist, nachdem es schon seit eineinhalb Jahren laufend, wenn auch mehr oder weniger langsam abgesunken ist, am vergangenen Dienstag vollends zusammengebrochen. Wiewohl in zahllosen Details dieser Zusammenbruch ganz anders verlaufen ist als im Herbst 1929, so ist doch der Konjunkturverlauf im Prinzip der gleiche wie damals. Die westliche Welt ist fürs erste einigermaßen gesättigt mit Kapitalgütern, die noch eine nennenswerte Rendite abzuwerfen versprechen. Angesichts der Kurshöhe hat die tatsächliche Kapitalverzinsung keine 2% mehr betragen. Eine solch niedrige Verzinsung kann aber keinen Anreiz mehr bieten, die Risiken von Neuinvestitionen in Kauf zu nehmen. Nur die Tatsache des langsamen Abgleitens des Geldwertes bot noch eine Effektivverzinsung von 4% und mehr. Die nachdrückliche und erfolgreiche Inflationsbekämpfung durch Kennedy hat diesen Investitionsanreiz hinfällig gemacht. Bei weniger als 2% wirklicher Verzinsung im Falle von Neuinvestitionen überwiegt, um mit Keynes zu sprechen, die „Bevorzugung der Liquidität" die Neigung zur Investition. Außerdem schwindet auf Seiten der Unternehmer das Vertrauen in die Rentabilität neuer Anlagen, wenn dafür noch nennenswerte Zinsen bezahlt werden müssen. Damit bricht aber, um wieder mit Keynes zu sprechen, die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" zusammen. Die Verflochtenheit der internationalen Kapital-

märkte hat zur Folge, daß der Vertrauenszusammenbruch unmittelbar internationales Ausmaß erreicht.

Es ist nun durchaus denkbar, daß nach einigen Tagen der Aufregung, u. a. angesichts der Verbesserung der Kapitalverzinsung, wieder eine Beruhigung des Kapitalmarktes eintritt; daß auf dem neuen, niedrigeren Kursniveau die Entwicklung gewissermaßen von vorne beginnt. Täuschen wir uns aber nicht: sie kann dann jedoch nicht sehr lange anhalten. Denn — unter Berücksichtigung der Mindestrendite von etwa 2%, die anlagefähiges Geldkapital zur Überwindung der „Bevorzugung der Liquidität" nun einmal verlangt — ist bei dem neuen Ausgangspunkt der Kapitalmarkt ja bereits gesättigt; bieten sich kaum noch Gelegenheiten für rentabele Investitionen. Ein erneuter Vertrauenszusammenbruch wird die Folge sein. Damit dürfte die eigentliche Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit usw. dann aber beginnen — vorausgesetzt die stramme Geldwertstabilitäts-Politik wird nicht spätestens in diesem Augenblick wieder aufgegeben, eine Methode der Krisenbekämpfung, die die USA seit vielen Jahren von Fall zu Fall immer wieder praktizieren. Ohne dabei übrigens je zu Vollbeschäftigung zu gelangen und unter In-Kauf-Nahme von mehr als 60% Geldwertverschlechterung seit 1939.

Muß es denn überhaupt zu einem Konjunkturrückgang kommen, wenn Investitionen infolge des Verlangens eines Mindestzinssatzes unterbleiben? Nun, wenn alle diese Gelder in anderer Form (durch Konsum) dem Wirtschaftskreislauf wieder zufließen würden, wenn also alle Arten von Einkommen restlos als „wirksame Nachfrage" (Keynes) über den Markt der Produktion wieder zufließen würden, dann würde die Konjunktur erhalten. Dem steht aber der dem Menschen von Natur aus mitgegebene Hang zum Sparen unüberwindbar entgegen. So bietet also die Investition die einzige Möglichkeit, Spargelder dazu zu verleiten, sich nicht dem Wirtschaftskreislauf zu entziehen, sondern als „wirksame Nachfrage" im Wirtschaftskreislauf zu bleiben. Aber auch das gelingt, wie wir gesehen haben, nur, wenn ihr „Hang zur Liquidität" durch einen gewissen Mindestzinssatz überwunden wird. Da dieser Mindestzinssatz in einer mit Kapitalgütern reichlich versehenen Wirtschaft aber nicht mehr geboten werden kann, bzw. nicht mehr herausgewirtschaftet werden kann infolge der immer leistungsfähiger werdenden Konkurrenz, kommt es zum Investitionsstillstand und damit zur Krise.

Ausgenommen den einen Fall, daß das Geld durch Inflationierung seine Sicherheit als Wertaufbewahrungsmittel entzogen bekommt. Ob diese Inflationierung durch eine gezielte Währungspolitik herbeigeführt wird oder bei freier Konvertierbarkeit der Währungen und festem Wechselkurs durch „Import" der Inflation eines anderen Landes (wie es bislang zwischen Dollar und D-Mark der Fall war) oder durch eine defizitäre Budgetpolitik der Regierung verbunden mit Geldvermehrung (wie es die USA getan haben), ist dabei gleichgültig. Immer wurde die in Geld an sich vorhandene, aber auf dem Markt nicht „wirksam" auftretende Nachfrage dazu veranlaßt, „wirksam" zu werden.

Die Frage ist es nun, ob diese Art der Konjunkturpolitik, die unweigerlich die „Währung" verdirbt, die einzige mögliche Art der Konjunkturpolitik überhaupt ist. Es muß dabei darauf hingewiesen werden, daß der Kommunismus auf nichts sehnlicher wartet als auf das eventuelle Unvermögen der westlichen „kapitalistischen" Welt, mit diesem Problem fertig zu werden. Mit der Lösung dieses Problemes steht und fällt aber mit

Sicherheit die westliche Welt überhaupt. Worauf es also nachgerade bedingungslos ankommt, das ist, daß wir unser *Geld* so einrichten, daß es als *Zahlungsmittel in seinem Werte stabil* bleibt und daß es als *Tauschmittel sich nicht dem Markte entziehen kann.* Hinsichtlich seines Wertes muß es also an den Durchschnittspreisstand gebunden werden. Hinsichtlich seiner Tauschmittelfunktion muß es als Einzelgeldschein einer Wertminderung ausgesetzt sein. Ein solches umlaufgesichertes Geld würde die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" fast unendlich groß werden lassen, da die Effektivverzinsung des Kapitals nach 0% hin tendieren würde. Damit aber wäre der unserem derzeitigen Währungssystem innewohnende „Krisenpunkt" grundsätzlich beseitigt, wäre eine praktisch unendliche Dauerkonjunktur gesichert.

Darauf kommt es also entscheidend an, daß dies begriffen wird: wir stehen heute nicht mehr vor der Frage „Erhaltung unseres derzeitigen Währungssystems oder Reformierung unserer Währung?", sondern vor der Frage „grundsätzliche Reformierung unserer Währung oder Untergang der westlichen Welt?"

Sehr geehrte Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Gedanken aufgreifen und verbreiten würden. Anbei sende ich Ihnen außerdem die Kopie einer etwas ausführlicheren Abhandlung zu dem gleichen Problem, die ich vor etwa drei Wochen geschrieben habe. Wenn damals auch der Ausgangspunkt noch ein anderer gewesen ist, so hätte ich auch jetzt nichts wegzulassen oder hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich ergebenst

Ihr

gez.: Fritz Penserot

Buchbesprechungen

Robert S. Hartmann: „Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit"
(Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1958)

Dieses Buch stellt wohl das Standardwerk der betrieblichen Partnerschaft dar. Es ist — ganz abgesehen von der überzeugenden Darstellung des Partnerschaftsgedankens in der Wirtschaft — in einem ausgezeichneten Stil geschrieben und zeugt von der intellektuellen und moralischen Integrität des Verfassers. Ohne echten Idealismus hätte dieses Buch nicht geschrieben werden können.

Überzeugend wird dargestellt, daß die wirtschaftliche Organisationsform an einem Scheideweg angelangt ist. Die Entwicklung kann entweder aktiv in die Richtung echter (nicht nur proklamierter) Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter umgeleitet werden, oder sie nimmt ihren zwangsläufigen Verlauf zu immer ausgedehnterer Kollektivisierung und Anonymisierung der Arbeitswelt. In Deutschland zeichnet sich diese Entwicklungstendenz durchaus deutlich ab. Die Angleichung des Arbeiters an den Angestelltenstatus ist im Gange. Der Angestellte seinerseits befindet sich bereits in einem beamtenrechtsartigen Dienstverhältnis zum Unternehmer. Die totale „Ver-

beamtung" einerseits und die anonymen Kapital- und Besitzrechte andererseits, lassen die Unterschiede, die bisher zwischen einem Unternehmen eines freien demokratischen Landes und einer total sozialisierten Wirtschaft noch bestehen, allmählich verschwinden.

Umso größere Bedeutung kommt einem Werk wie dem R. S. Hartmanns und kommen den dort geschilderten Pionierleistungen auf unternehmerischem und betriebsorganisatorischem Gebiet zu.

Alle führenden Unternehmer, die den Partnerschaftsgedanken in ihren Betrieben aufgegriffen haben, gehen wie selbstverständlich davon aus, daß in jedem Menschen ein Potential unerschöpflicher Möglichkeiten ruht, das nur geweckt und in Anspruch genommen zu werden braucht, um den betreffenden selbst und als Folge davon seine soiale Leistung in ungeahnter Weise zum Positiven hinzuwenden. D. h., der Mensch ist nur insofern Mensch als er Initiative entfalten und Verantwortung übernehmen kann. Jede Passivität läßt ihn unter sein Niveau absinken. Das Verhältnis des bisherigen vollständig in Abhängigkeit stehenden Lohnarbeiters zum Unternehmer und Betrieb war so gesehen menschlich unwürdig und als Folge davon wirtschaftlich unergiebig. Seit es gelungen ist den Zustand der Vollbeschäftigung (ohne Zwang) in vielen Ländern über längere Zeit aufrechtzuerhalten, beginnt das Lohnverhältnis seine ganze Unzulänglichkeit, ja menschliche und soziologische Unzulässigkeit zu offenbaren. Hier setzt nun die ganze Fruchtbarkeit des Partnerschaftsgedankens ein: „Das Problem der Wirtschaft ist nicht ausschließlich ein wirtschaftliches, und die Frage der Zweckmäßigkeit oder (was kommt für mich dabei heraus?), nicht das Ausschlaggebende. Vielmehr ist das Kernproblem die (Ordnung der Beziehungen der Produktivkräfte zu den Produktionsverhältnissen, d. h. das Verhältnis der Menschen zueinander innerhalb ihrer wirtschaftlichen Betätigung). Die Wirtschaft ist also eine *menschliche* Ordnung, und will man (den Organismus der Wirtschaft im Ganzen in eine neue Form bringen, so muß bei ihren Zellen, d. h. in den Betrieben begonnen werden und zwar bei den Menschen im Betrieb)". (Hartmann) „Bei Lincoln (The Lincoln Electric Co., eine bedeutende Schweißapparatefabrik in Amerika) ist das *eine* Prinzip des neuen Systems, das der Persönlichkeitsentfaltung auf der zweiten Ebene des Arbeitsverhältnisses — der der Leistungspersönlichkeit — vollkommen durchgeführt. Die Fabrik bietet der unbegrenzten Energie der Individualität jede Entfaltungsmöglichkeit, und diese Energie wird gemessen und belohnt in Einzelheiten und in Ausmaßen die beispielslos sind." „Der Unterschied zwischen Unternehmer und Arbeiter ist in der Lincoln Electric Companie vollkommen ausgelöscht, und zwar nicht nur in Theorie, sondern auch in Praxis. Der Arbeiter als Person ist selbständiger Leiter der ihm unterstellten Produktionsvorgänge, und das Prinzip der unbegrenzten menschlichen Möglichkeiten ist zum technischen Arbeitsprinzip geworden." (Hartmann)

Diese wenigen Sätze aus dem Buche von Hartmann mögen genügen, um zu zeigen, daß es sich hier um ein Arbeits- und Organisationsprinzip in der Wirtschaft handelt das — gemessen an den herkömmlicheren arbeitsrechtlichen Verhältnissen und der in starren Fronten erstarrten Gegnerschaft von Unternehmer und Arbeiter — einer sozialen Revolution gleichkommt.

Dr. H. H. Vogel

Ralf Dahrendorf
„Gesellschaft und Freiheit"
Sammlung Piper, München 1961

Ralf Dahrendorf, Professor für Soziologie an der Universität Tübingen ist ein hervorragender Vertreter der jüngeren deutschen Soziologie. Seine Anschauungen sind unorthodox, seine Gedanken von überraschender Lebendigkeit, vielfältiger Bezogenheit und zeugen von einer gründlichen philosophischen Schulung. Seine Vertrauen in die Dynamik und in die Ordnungsfunktion der selbstverantwortlichen Entfaltung der Persönlichkeitskraft im gesellschaftlichen Raum ist ebenso groß wie seine Skepsis gegenüber kollektiven Regelungen:

„Wenn ich hier einer Befreiung der gesellschaftlichen Kräfte das Wort rede, dann meine ich damit *erstens* die Lockerung aller Fesseln einer autonomen Dynamik in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft. Eine selbstbewußte, freie Gesellschaft vertraut auf die Ordnungskraft des lebendigen Widerspiels der in ihr vorhandenen vielfältigen Interessen, Organisationen und Institutionen — aber die moderne Sozialentwicklung ist reich an Tendenzen, dieses Widerspiel durch die autoritative Entscheidung ‚von oben' aufzuheben."

„Im Interesse einer Ausschöpfung ungenutzter Kräfte scheint mit die Aufgabe der Bildungspolitik vor allem in drei Bereichen zu liegen: 1. Die innere Organisation der bestehenden Bildungseinrichtungen ist daraufhin zu überprüfen, ob nicht — durch Prüfungssysteme, durch Fiktionen wie die der ‚akademischen Freiheit', durch verengte Konzeptionen von Begabung und Talent — gewisse Hemmnisse in sie eingebaut sind, deren Beseitigung die rasche Entfaltung neuer Möglichkeiten erlaubt. 2. Die Frage ist mit allem Ernst zu stellen, ob wir eigentlich gut daran tun, ausgerechnet im Bildungswesen jenes Prinzip der Pluralität, das uns im politischen und wirtschaftlichen Bereich leitet, aufzugeben. Die durchgängig staatliche Kontrolle des Bildungswesens wird durch den föderativen Aufbau nur geringfügig belebt. Wäre es nicht ein Gewinn an Offenheit und Beweglichkeit, wenn der private Sektor unseres Bildungswesens so wachsen könnte, daß er in ernstliche Konkurrenz mit den staatlichen Einrichtungen tritt? Was spricht eigentlich gegen die Anwendung der politischen Konzeptionen, die uns in anderen Bereichen leiten, auf das Bildungswesen?"

Diese Sätze hat Dahrendorf auf einer Tagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft am 19. 1. 1962 in Frankfurt a. Main ausgesprochen. (Zeitschrift „Offene Welt" Nr. 75 S. 53) Derselbe Geist der Freiheit begegnet einem in dem Buch: Gesellschaft und Freiheit. Es stellt eine umfassende Analyse der gesellschaftsbildenden Kräfte und ihrer Theorien dar. Scharfsinnig sind die kritischen Bemerkungen, oft von leisem Sarkasmus, nie aber ohne das notwendige Quentchen Humor etwa in einem Kapitel wie: Bürger und Proletarier — die Klassen und ihr Schicksal. Mit sicherem Blick werden die historischen und gegenwärtigen Tendenzen demokratischer Ordnung in ihren beiden auseinanderstrebenden Richtungen gekennzeichnet: Die liberale und die egalitäre Demokratie. Souverän die Würdigung eines Alexis de Tocquville („Die Demokratie in Amerika"). Dahrendorf weist sich mit diesem lesenswerten Buch als ein hervorragender Kenner sozialer Entwicklungslinien und als überlegener Interpret und Repräsentant der geistigen und politischen Freiheitsidee aus.

Dr. H. H. Vogel

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit" seither behandelten Themen:

Die fettgedruckten Themen behandeln schulrechtliche Probleme.

Folge 1: (vergriffen) **Die Krisis des Erziehungswesens - Freiheit der Kultur — eine dringende Forderung der Gegenwart - „Gedanken zur freien Erwachsenenbildung"**

Folge 2: (vergriffen) **Schule und Staat - Die Schule als Politikum - „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur"**

Folge 3: **Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern** - Bewußtseinsstufen des Menschen

Folge 4: An der Schwelle des Atomzeitalters - Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen - Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; **„Forderungen an unser Bildungssystem"** - An die sich verantwortlich Fühlenden

Folge 5: **Staatliche oder freie Erziehung** - Denkmethode und Sozialpolitik

Folge 6: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar ..." - Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung** - Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars

Folge 7: Freiheit — Illusion oder Wirklichkeit - Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung - Die neue Weltmacht

Folge 8: **Grundgesetz und Schulrecht - Apercus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes** - Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar - **„Freiheit, Bindung und Organisation im deutschen Bildungswesen"** - Brief aus USA

Folge 9: Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode - Die freie Welt in der Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg - Alexis de Tocqueville — Zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) - Brief aus USA

Folge 10: **Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem - II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? - III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit - IV. Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung** - Pierre Joseph Proudhon — Zu seinem 150. Geburtsjahr

Folge 11: Die funktionsfähige Währung - Die Goldwährung - Der Ursprung des Geldes im Mythos - Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung – **Schulrechtsdiskussion** – In Memoriam Hans Bernoulli

Folge 12: Friedrich Schiller — Zu seinem 200. Geburtstag - **Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens - Bildungsplan oder freie Erziehung? – Die Schulrechtsdiskussion**

Folge 13: Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles - **Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur** - Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? - Demokratie und Wirtschaftsordnung

Folge 14: (vergriffen) **Grundgesetz und Schule - Schulpflicht - Das Elternrecht und die Freiheit der Lehre – Die Schulrechtsdiskussion**

Folge 15: Staat — Wirtschaft — Erziehung; Das Wesen des Staates / Die Urformen der Wirtschaft / **Das Ziel der Erziehung**

Folge 16: Gedanken zum Tag der deutschen Einheit 1960 - Demokratie und Sozialversicherung - Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie - Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg - Gedanken aus Österreich – **Die Schulrechtsdiskussion**

Folge 17: Das Systemprogramm des deutschen Idealismus (Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Frühjahr 1796) – Die Freiheitsfrage, an die Leser der „Fragen der Freiheit" – Goethes Kunstanschauung – **Schulrechtsdiskussion – Neue Schulgesetzentwürfe in Hessen**

Folge 18/19: Stirner – Die Idee des Abendlandes; vom Hellenentum zum Goetheanismus – Sozialismus – **Schulrechtsdiskussion**

Folge 20: Individualität und Sozialerkenntnis – Der Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde.

Folge 21: Der 6. März 1961, Gedanken zur Aufwertungsdebatte — Über die Goetheanistische Erkenntnismethode — In memoriam Alexander Meier-Lenoir — **Elternrecht und staatliche Subventionierung der Erziehung an freien Schulen** — Der funktionsfähige soziale Organismus. — Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Die Wirtschaft.

Folge 22: Merits and pitfalls in „Foreign aid", Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe — Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode — **Zur Finanzierung freier Schulen** — Der funktionsfähige soziale Organismus — Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Das Geld.

Folge 23: **Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen — Der Föderalismus und das deutsche Bildungswesen — Das Primat der Kultur im sozialen Organismus — Wer erzieht unsere Kinder?**

Folge 24: Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe — Utopie oder Wirklichkeit — Beitrag zur Bodenrechts-Diskussion — **Staatliches Bildungswesen.**

Folge 25: Vom Wesen der Arbeit. Eine sozialpädagogische Studie – Neue Wege freiheitlicher Politik. Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance – Grundrechte und Naturrecht – Über Partnerschaft in der Wirtschaft – **Freiheit der Erziehung und Kultureinheit.** Brief an einen Soziologen – **Die Grundsätze des freien Kulturlebens – Die Kulturpolitik in den Wahlprogrammen.**

Folge 26: Was verstehen wir unter „freiheitlicher Ordnung" von Wirtschaft, Staat und Kultur und wodurch ist diese freiheitliche Ordnung funktionsfähig? – Über die sittliche Haltung im Wirtschaftsprozeß – **Die Einführung der Reifeprüfung.**

Folge 27: Zur Biographie eines Freiheitssuchers – **Zehn Millionen Schulprogramme.** Über die Notwendigkeit der Freiheit des Erziehungswesens – Max Stirner, der Ich-Philosoph – Ein Individualist – Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?

Beim **Sammelbezug** aller bis jetzt erschienenen Folgen „Fragen der Freiheit" wird der Druckkostenpreis pro Heft auf 1,70 DM ermäßigt.

Bitte an die Leser von **Fragen der Freiheit**

Werben Sie bei Ihren Freunden und Bekannten für **Fragen der Freiheit;** geben Sie uns Adressen von interessierten Persönlichkeiten an, denen wir Probehefte schicken – oder fordern Sie bei der Redaktion (655 Bad Kreuznach Mannheimer Straße 60) Werbeprospekte an.

Aufgrund von Anfragen verschiedener Bodenrechts-Interessenten teilen wir mit, daß der Beitrag von Senatspräsident a. D. **Dr. Ernst Knoll, „Von der Grundrente und ihrer Heimholung"** wegen des Umfangs dieser Arbeit leider nochmals zurückgestellt werden mußte. – Die Redaktion

Dieser Folge „Fragen der Freiheit" liegen Prospekte
der Firma Kirner Vitabornwerk über Reformfruchtsäfte und
der Firma Ing. W. Schulte, Berlin-Lichtenrade, über neuzeitliche Getreidezubereitung durch die Zentrofan-Mühle bei, die Ihrer Aufmerksamkeit bestens empfohlen seien!

Bezugspreis: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit" gebeten, wenn möglich, den Bezugspreis jeweils für mehrere Folgen zu überweisen. Besten Dank!

Beachten Sie bitte bei Ihren Überweisungen die genaue Bezeichnung des Postscheckkontos: Konto Nr. **530 73** Postscheckamt Ludwigshafen (Rhein). H. Klingert, 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60.

Die ***„Fragen der Freiheit"***

bringen laufend Aufsätze über grundsätzliche Fragen

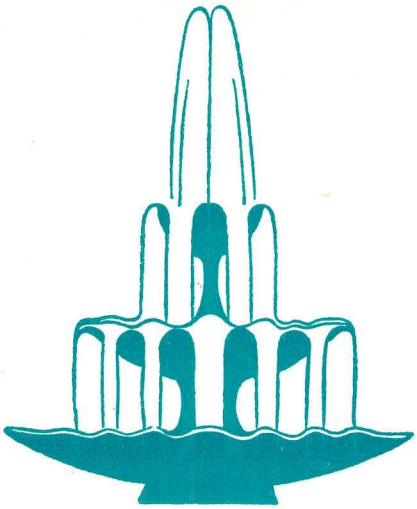
des Geld- und Bodenrechts,
der Konjunktur-Politik,
der Schul-Politik und
des Schul-Rechts, sowie
der Direkt-Politik über
die Verfassungsgerichtsbarkeit

Die **„Fragen der Freiheit"** sind zu beziehen durch:
Expedition **„Fragen der Freiheit"**,
655 Bad Kreuznach · Mannheimer Straße 60 · Telefon 74 65
Druckkostenbeitrag pro Folge: DM 2,— und DM 0,15 für Porto

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" erscheint als privater Manuskriptdruck etwa 6mal im Jahr, und zwar im Februar, zu Ostern, zu Pfingsten, im Juli, im Oktober und zu Weihnachten. Sie verbinden die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur", (Sitz: 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Bezugspreis ist so bemessen, daß sich die Herausgabe der Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Bezugspreis für das Einzelheft DM 2,15

Herausgeber Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Römerstraße 97
Bezug: „Fragen der Freiheit", 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60
Postscheck: H. Klingert, Ludwigshafen/Rh., Nr. 530 73
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers
Druck: Voerckel & Co., Wuppertal



Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft

Herausgegeben
von Friedrich Salzmann

Aufsätze von Otto Lautenbach; Friedrich Salzmann; Werner Schmid; Fritz Schwarz; Diether Vogel; Heinz-Hartmut Vogel; Lothar Vogel; Ernst Winkler.

Der Mensch in der Gesellschaft: das ist der Mensch, hineingestellt in die Spannung zwischen Zwang und Freiheit. Das uralte Problem, wo der Freiheitsraum des Individuums aufhört und die Unterordnung unter das Kollektiv beginnt, auf neue Art, von acht verschiedenen Autoren und in aktueller Sicht behandelt: das ist das Anliegen dieses Buches. Die Gegenwart krankt daran, daß die entscheidenden Fragen nicht mehr gestellt werden. Hier werden sie gestellt. Die ehrliche Antwort des Arztes, des Politikers, des Pädagogen, des Schriftstellers und Philosophen liegt vor. Aus zahlreichen Diskussionen hervorgegangen, ein teamwork geistig selbständiger Persönlichkeiten — fast eine „Wissenschaft der Freiheit", wie sie verantwortet werden kann und wie die Würde des Menschen sie fordert.

Aus dem Inhalt:

Freiheitsbewußtsein und Verfassung
Direkte Demokratie
Krisis der Demokratie
Begrenzung der Wirksamkeit des Staates
Bildung und Erziehungsmonopol
Freiheit der Erziehung
Ausblick auf eine Wissenschaft der Freiheit
Die Freiheit und Würde des Menschen
Ein Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit
Zur Geschichte der sozialen Freiheitsbewegung

8,90 DM

Zu beziehen durch: „Fragen der Freiheit", 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60.

Das neue Emblem des Umschlags stellt eine griechische Vasenzeichnung aus dem 5ten vorchristlichen Jahrhundert dar.